

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Streifenband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeheilene Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichterstattungen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 9. Juni 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Zum Fremdenrecht.

II.

Nach dem im vorigen Artikel Ausgeführten steht Rußen auf Grund des Artikel 1 des russischen Handelsvertrages:

„Die Angehörigen eines der beiden vertragsschließenden Teile, welche sich in dem Gebiete des anderen Teiles niedergelassen haben oder sich dort vorübergehend aufhalten, sollen dort im Handels- und Gewerbebetriebe die nämlichen Rechte genießen und keinen höheren oder anderen Abgaben unterworfen werden als die Inländer. Sie sollen in dem Gebiete des anderen Teiles in jeder Hinsicht dieselben Rechte, Privilegien, Freiheiten, Begünstigungen und Befreiungen haben wie die Angehörigen des meistbegünstigten Landes. Es herrscht jedoch darüber Einverständnis, daß durch die vorstehenden Bestimmungen die besonderen Gesetze, Erlasse und Verordnungen auf dem Gebiete des Handels, der Gewerbe und der Polizei nicht berührt werden, welche in jedem der beiden vertragsschließenden Länder gelten oder gelten werden und auf alle Ausländer Anwendung finden.“

das Recht des Aufenthalts in Deutschland zu, sofern nicht Reichsgesetze entgegenstehen, die auf alle Ausländer Anwendung finden.

Reichsgesetze, die solches Ausweisungsrecht verleihen, sind folgende Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuch:

§ 30. Die Polizeiaufsicht hat folgende Wirkungen:

1. . . .
2. Die höhere Landespolizeibehörde ist befugt, den Ausländer aus dem Bundesgebiete zu verweisen.

§ 284. Wer aus dem Glücksspiel ein Gewerbe macht, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft, neben welchem auf Geldstrafe von 300 bis zu 6000 M. sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann.

Ist der Verurteilte ein Ausländer, so ist die Landespolizeibehörde befugt, denselben aus dem Bundesgebiete zu verweisen.

§ 302 bestimmt, daß die nach § 361 Nr. 3 bis 8 zu Haft Verurteilten (Landstreichler, Bettler, Prositierende, Arbeitslose usw.) der Landespolizeibehörde überwiesen werden kann. Im letzten Absatz des § 302 heißt es dann: „Ist gegen einen Ausländer auf Uebertretung an die Landespolizeibehörde erkannt, so kann neben oder an Stelle der Unterbringung Verweisung aus dem Bundesgebiet eintreten.“

Endlich bedroht § 381 Ziffer 2 mit Haft „wer, nachdem er des Bundesgebiets oder des Gebiets eines Bundesstaats verwiesen ist, ohne Erlaubnis zurückkehrt“.

Das sind die „besonderen Gesetze“, die auf Grund des Satzes 3 des Art. 1 des russischen Handelsvertrages eine Ausweisung gestatten können. Diese Voraussetzung liegt in keinem der Fälle vor, in denen in letzter Zeit so zahlreiche Ausweisungen von Rußen erfolgt sind.

Die von preussischer Seite aus erfolgten im Reichstag besprochenen Ausweisungen sind demnach grobe Verletzungen des Völkerrechts, eminente Verstöße gegen das Reichswohl und Vertragsbrüche schlimmster Art.

Man hat behauptet, das deutsche Strafgesetzbuch enthalte keine ersatzpende Regelung der Voraussetzungen, unter denen Ausweisungen erfolgen dürfen. Dieser Einwand ist verfehlt, aber auch für die Frage, ob das durch den vom Reich geschlossenen Handelsvertrag eingeräumte Aufenthaltsrecht verletzt ist, unerheblich, denn es gibt weder deutsche noch — wenn man (freilich mit Unrecht) preussische Gesetze für ausreichend erachten würde — preussische Gesetze, die für andere Fälle ein Ausweisungsrecht Behörden einräumen. Der letzte Satz des Artikel 1 des Handelsvertrages nimmt aber ausdrücklich auf Gesetze (bei Auslegung nach Treu und Glauben auf Reichsgesetze) Bezug. Hat das Strafgesetzbuch als Nebenstrafe die Ausweisung festgesetzt, so darf nach dem Gerichtsverfassungsgesetz und dem Strafgesetzbuch nur das Gericht oder die durch sein Urteil und das Strafgesetzbuch ermächtigte Landespolizeibehörde eine Ausweisung vornehmen. Es wäre doch in der Tat ein Widerspruch sondergleichen, wenn das Gesetz den Ausländer für den Fall, daß er eine strafbare Handlung begeht, für die als Nebenstrafe Ausweisung festgesetzt ist, dem Schutz gerichtlichen Verfahrens unterstellt, aber für den Fall, wenn er einen Ausländer ohne weiteres, ohne jegliche Rechtsgarantie des Landes zu verweisen, wenn er sich so bewegt, daß er nichts Strafbares begeht. Eine solche Prämie für das Begehen strafbarer Handlungen ist der Reichsgesetzgebung fremd.

Außer dem Strafgesetzbuch enthält der § 2 und enthält vielleicht noch der § 1 des Jesuitengesetzes vom 4. Juli 1872 eine Befugnis zur Ausweisung von Ausländern. Die beiden Paragraphen lauten:

§ 1.

Der Orden der Gesellschaft Jesu und die ihr verwandten Orden und ordensähnlichen Kongregationen sind vom Gebiete des Deutschen Reiches ausgeschlossen.

§ 2.

Die Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der ihm verwandten Orden oder ordensähnlichen Kongregationen können, wenn sie Ausländer sind, aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden; wenn sie Inländer sind, kann ihnen der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten verweigert oder angetwiesen werden.

Wenn dem Deutschen Reich oder gar einem Einzelstaat eine Ausweisungsbesugnis nach feineren Belieben ohne Vorliegen bestimmter

gesetzlich oder vertraglich festgelegter Gründe kraft seines sogenannten Hoheitsrechts zustehen würde, so wäre ja die Ausweisungsbefugnis durch den heijumstrittenen § 2 des Jesuitengesetzes völlig überflüssig gewesen.

Im Strafgesetzbuch und im Jesuitengesetz — für Guatemala und Columbien in den in Nr. 130 angeführten Staatsverträgen — sind die Gebilde angeführt, die zu einer Ausweisung Fremder berechtigen. Die Fremdenpolizei unterliegt nach Artikel 4 der Reichsverfassung Ziffer 1 lediglich dem Reich. Nithin sind Ausweisungen, die ohne die Voraussetzung der beiden genannten Gesetze (oder im Rahmen der Reichsverträge mit Guatemala und Columbien) vom Reich oder von Einzelstaaten verfügt werden, rechtswidrig.

Es ist gegen das Recht des einzelnen Ausländers eingewendet, die Handelsverträge räumten nur dem Staate, nicht dem einzelnen Angehörigen des Staates ein Recht ein. Mit demselben Rechte könnte man jedem Gesetz, jedem Staatsvertrag gegenüber bestreiten, auf die Normen des Gesetzes oder des Vertrages könne der einzelne sich nicht berufen, nur der Staat. Diese auf die Spitze getriebene Ideologie des bürokratischen Absolutismus ist in Tausenden von Prozessen als töricht anerkannt. Das Reichsgericht und jedes in- oder ausländische Gericht hat auch bei Auslieferungsverträgen anerkannt, daß diese Normen Rechte für die Angehörigen der Auslieferungsstaaten schaffen, und daß die einzelnen Bürger ihre aus den Auslieferungsverträgen folgenden Rechte wahrzunehmen berechtigt sind.

Der Fremde, zum mindesten der Angehörige der Staaten, mit denen das Reich Verträge der angeführten Art geschlossen hat, hat ein Recht zum Aufenthalt in Deutschland. Beamte machen sich demnach selbst dann des objektiven Tatbestandes eines nach dem Buchstaben des Strafgesetzes mit harten Strafen bedrohten Verbrechens des Amtsmißbrauchs schuldig, wenn sie Ausweisungsverfügungen erlassen und ihnen Nachdruck verleihen. Und das auch dann, wenn es ohne polizeiliche, in wenig lauterem Wettbewerb mit Priestern vorgenommene Tausen, ohne Fälschung von Urkunden, ohne Anreizung zum Landesverrat und ohne Lieferung ähnlicher Beweise für die Gemeingefährlichkeit einer Polizeiallmaht geschieht. Ein Schadenersatzprozeß eines ausgewiesenen Ausländers gegen diejenigen, welche sein Aufenthaltsrecht beugen und brechen, mißte nach dem Gesetz des deutschen Staates vor dem Reichsgericht erfolgreich sein, soweit nicht in Deutschland der ungeschriebene Nachsatz „Recht haben und Recht bekommen ist zweierlei“ Geltung hat.

An dem Recht des Fremden zum Aufenthalt in Deutschland hat die deutsche Arbeiterklasse das allererheblichste Interesse. Die in der Praxis bestehende Rechtslosigkeit der fremdländischen Arbeiter bildet für Großgrundbesitzer, für Bergwerksbesitzer und Großindustrielle in wachsendem Maße eine Waffe gegen die Bestrebungen der deutschen Arbeiterklasse um Durchsetzung ihres Rechts auf Teilnahme an den Ertragschaften der Kultur. Im Kampf gegen die Kulturschmach und Barbarei der Ausweisungen Fremder wird schließlich die Arbeiterklasse siegen, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse der Völler, weil der gesamte internationale Verkehr die Anerkennung der Fremden als Menschen, als Rechtssubjekte gebieterisch erheischt.

Die Revolution in Rußland.

Rußland der Duma.

Petersburg, 8. Juni. (W. T. B.) Die Antworten des Ministeriums auf die Interpellationen der Duma über die im Amtsblatt veröffentlichten Telegramme betreffend die Abschaffung der Todesstrafe geben Veranlassung, die Debatte über die Agrarfrage zunächst auszusetzen. Zahlreiche Abgeordnete halten heftige Reden gegen das Ministerium, insbesondere solche der Arbeiterpartei, von denen einer, Madsin, erklärt, daß die Duma und das Ministerium zwei Feinde seien, von denen einer sterben müsse. (Der Präsident ruft Madsin wegen dieser Äußerung zur Ordnung.) Andere Redner von derselben Partei verlangen die Einberufung einer konstituierenden Versammlung; zwischen den gemäßigten und radikalsten Parteien entspinnt sich ein heftiger Redekampf. Roditschew und Lednigly weisen darauf hin, daß es unbedingt notwendig sei, den konstitutionellen Weg einzuhalten; andernfalls würde der Monarch selbst von der Revolution weggerissen werden. Nachdem eine große Zahl von Rednern gesprochen hat, nimmt die Duma eine Tagesordnung Rodoloff an, in der ausgesprochen wird, daß, da das ganze Volk die Abschaffung der Todesstrafe wünsche, zukünftige Hinrichtungen nicht Akt der Rechtspflege, sondern gewöhnliche Morde sein würden.

Die liebe Zensur.

Unter den Reichsdumamitgliedern herrscht eine Erbitterung über die tendenziös gefärbten Reichsdumaberichte, die die russische Telegraphenagentur verbreitet, wogegen beim Reichsdumaprasidium eine Beschwerde eingebracht werden soll.

Die Agrarfrage.

Infolge zahlreicher beim Ministerium des Innern wie beim Ackerbauministerium einlaufenden beunruhigenden Nachrichten über die immer drohender werdende Haltung der Bauern hat der russische Ackerbauminister Sischinski die Gouverneure telegraphisch aufgefordert, sofort Landverteilungskommissionen in mindestens drei Bezirken eines jeden Gouvernements zu ernennen.

Die Reichsdumamitglieder der Bauernpartei erhalten von ihren Wählern die Mitteilung, daß sich in verschiedenen Vorgemeinden Streikkomitees gebildet haben, die eine Norm für Arbeitslöhne ausgearbeitet haben, unter welcher die Bauern bei den Gutbesitzern arbeiten wollen.

Eine charakteristische Szene

wird in „Dwadz. Wel.“ geschildert.

Ort: Am Blüffel der Duma. Zwei Bauerndeputierte treten an einen Tisch, an dem Journalisten Tee trinken, und fragen: „Was kostet eine Tasse Tee?“ — „Zehn Kopeken.“ — „Teuer!“ sagt der eine, „kann man nicht ein Weizbrod dazu

bekommen? Ich bin wirklich hungrig geworden.“ — „Rein, mit einem Brot kostet es 15 Kopeken.“ Die Deputierten beschließen, ohne Tee auszukommen. „Aber,“ mischt sich einer der Journalisten ins Gespräch, „Ihr bekommt ja zehn Rubel den Tag. Da könnt Ihr es Euch doch erlauben.“ — „Ja wohl, was man uns auszahlt, sind zehn Rubel, aber wir haben versprochen, neun Rubel ins Dorf zu schicken. Und ein Rubel pro Tag, der geht leicht auf. . . .“

Wem gelten die Uebungen??

In Petersburger Kreisen ruft die von dem in Zarosloje Selo garnisonierenden Schützenbataillon in weitem Umfange vorgenommene Uebung mit Maschinengewehren Verwunderung hervor.

Spiridonowa.

Die Richter der Spiridonowa selber sollen sich dafür ausgesprochen haben, das heidenhafte Mädchen zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach dem Süden zu schicken! Die hohen, ihnen vorgesetzten Behörden aber wollen von so menschlichem Handeln nichts wissen, sondern sie haben die Absicht, die Kranken nach Schema F auf Grund ihrer Verurteilung in die sibirische Eiswüste zu senden. Man hat sie von Tamboff nach Moskau ins Etappengefängnis gebracht, von wo aus die Verurteilten nach Sibirien vor sich gehen.

Ein großes Arbeitermeeting.

an dem sich auch viele Abgeordnete beteiligt haben sollen, wie die russischen Blätter berichten, am Pfingstsonntag folgende Resolution beschlossen:

„Die Minister haben gesagt, daß die Regierung weder Land noch Freiheit geben und die Ausnahmezustände aufrecht erhalten wird. Man wird also auch in Zukunft ohne Gericht schlagen, versammeln, erschließen, erhängen, und das Land wird in den Händen der Regierung und der Gutbesitzer verbleiben. Man wird die Familien der Hungernden ausweichen und diejenigen, die ihnen helfen wollen, zu Zwangsarbeiten verurteilen. Das sagten die Minister, das wagten sie der Duma zu antworten. Es ist freilich wahr, daß die Abgeordneten nicht als die wirklichen Vertreter des Volkes angesehen sind, weil nicht alle gewählt haben, und die, welche gewählt haben, unter dem Samen der Kauten und dem Knattern der Maschinengewehre nicht diejenigen wählen konnten, die sie wählen wollten. Trotzdem hat aber auch diese Duma einen Teil der Forderungen des Volkes ausgesprochen. Doch hat die Regierung beschlossen, diese wenigen Forderungen nicht zu erfüllen. Das hat sie zu beschließen gewagt! Möge die Vertreter des arbeitenden Volkes, möge die Arbeitsgruppe die Duma veranlassen, für die Forderungen des Volkes zu kämpfen, dann wird das Volk die Duma in diesem Kampf unterstützen. Möge die Arbeitsgruppe die Duma veranlassen, zu kämpfen: 1) für eine konstituierende Versammlung auf Grund des allgemeinen, geheimen, direkten und gleichen Wahlrechts; 2) für die Ueberweisung des Landes an das Volk und für die Anerkennung des Rechts des Volkes auf Land; 3) für den Achtstunden-Arbeitstag und 4) für die Amnestierung aller, die für ihre politische und religiöse Ueberzeugung und für die Beteiligung an den Agrarunordnungen leiden.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Juni.

Geistige Arbeit.

Wie vorausgesehen, ist es bei dem Absteher nach Wien nicht beim Telegraphieren geblieben, sondern es ist auch, wie üblich, zum Reden gekommen. Wie gleichfalls üblich, wird diese Karrierede in dem Postbus, der allgemeineres Interesse beanspruchen darf, sehr verschiedenes übermitteln. In der Ansprache auf der Burg Kreuzenstein soll der deutsche Kaiser zu dem Schloßherrn, dem Grafen Wlleszel, gesagt haben

nach Scherl:

„. . . Möge man kritisieren . . . Wenn auch unsere An- oder möge man rügen, jeder, der schauungen noch so sehr angegriffen wurden, immerhin haben durch Kreuzenstein schreitet, ist sie ihre Aufgabe erfüllt, sie haben die Illusion ge- zerrissen. Wenn es nur einmal weckt. Das ist auch schon etwas, ein großer Schritt getan. Die Diskussion fährt zum wohl oder übel kritisiert oder bedenkten ist geistige Arbeit — geistige Arbeit aber ist dazu muß genommen werden. alles! Erneuern wir die Die Kunde ging von Mund zu Ideale, welche frühere Ge- nimmt, so ergibt sich daraus eine geistige Arbeit für die hohen Ideale der Geschichte. . . .“

Nach dem Bericht der Scherblätter hat der Kaiser also einen Hymnus auf die geistige Arbeit angestimmt, während das amtliche Wollische Depeschembureau dem Kaiser eine weit geringere Bewertung der geistigen Arbeit in den Mund legt.

Wir würden nicht unangenehm berührt sein, wenn Herr Scherl eifriger Forscher recht hätte. Dann aber hätten wir den Wunsch, daß der Kaiser die geistige Arbeit auch bei seinen Gegnern anerkennt und jede Maßregel weit von sich weisen würde, die die geistige Arbeit einengen und unterdrücken helfen soll.

Bisher haben die Tatsachen preussisch-deutscher Politik diesem Wunsch nur täglich neue Nahrung gegeben und von einer verflucht geringen Bewertung der geistigen Arbeit Zeugnis abgelegt. —

Die sozialistischen Erfolge in Italien.

Man schreibt uns aus F. n.: Die italienische Partei hat allen Grund, mit den Ergebnissen des letzten Wahltages zufrieden zu sein. Obwohl erfahrungsgemäß

Bei Erwahlten die Profession der Regierung und die Konzentration der Ordnungsparteien den höchsten Grad erreichen, hat unsere Partei Wahlkreise behauptet, die mit Sicherheit als verloren angesehen worden waren, so Guastalla (Sich), Mirandola (Agui), S. Giovanni in Persiceto (Giacomo Ferri) und Garpi (Bertini). Unterlegen sind nur die Genossen Perera und Ventini, die beide monarchischen Kandidaten Platz machen. Beide Wahlkreise waren erst bei den letzten Wahlen erobert worden. Während Ventini seine Stimmenzahl erhöht hat, ist die Perera um mehr als 1000 zurückgegangen, was sich aus dem Verhalten der Kandidaten erklärt, die das vorige Mal den Sieg unseres Parteikandidaten herbeigeführt hatten. Der Ausfall der Stichwahl in Sizilien kommt nicht unerwartet: Wie erinnerlich, war Genosse Tasea in Sicacca erst vor ein paar Wochen ohne Gegenkandidaten gewählt worden, in einem Wahlkreise, der kaum die ersten Ansätze sozialistischer Organisation zeigt. Dagegen ist die Nachricht, daß Genosse Rigola in Biella in Stichwahl steht, liberal mit Bedauern aufgenommen worden. Ist doch Rigola, der infolge eines Berufsunfalles das Augenlicht verloren hat, der einzige Arbeiter im italienischen Parlament! Daß er in dem eminent industriellen Wahlkreise von Biella nicht im ersten Wahlgange gewählt wurde, erklärt sich aus der massenhaften Abwanderung der dortigen Arbeiterschaft, die in den Sommermonaten in der Schweiz und in Frankreich Arbeit findet. Rigola erzielte bei den Vorwahlen 3837 gegen 8345 Stimmen und blieb diesmal mit 8884 gegen 8872 in der Minorität, sodaß nur die hohe Zahl der beanstandeten Zettel die Stichwahl nötig machte.

In sechs Wahlkreisen hatten unsere Gegner von der Aufstellung von Gegenkandidaten abgesehen, weil sie es als zwecklos erkannt haben, sich daselbst mit den sozialistischen Kräften zu messen. Es sind die Wahlkreise von Andrea Costa, Dissolati, Enrico Ferri, Montemartini, De Felice und Kroldi, die denn auch alle sechs bei begreiflicherweise nicht allzu starker Wahlbeteiligung fast mit Einstimmigkeit gewählt worden sind.

Sehr heftig war der Wahlkampf in Alexandria, wo Genosse Peroglio seine Stimmenzahl von 8676 auf 4269 erhöhte, ebenso in Turin II, wo Morgari den siegesfähigeren Gegner um die Kleinigkeit von 1000 Stimmen hinter sich ließ.

Eine ganz eigenartige Prägung zeigte auch diesmal der Wahlkampf in Mailand. Hier standen — wie bei den letzten Wahlen — neben den reformistischen Kandidaten die der revolutionären als die eigentlichen Parteikandidaten. Aussicht auf Erfolg hatten diese letzten, Vazzari und Labriola, freilich nicht, um so weniger, als Radikale und Republikaner für die Reformisten stimmten. Daher fehlte dem Wahltag hier jede Kampfstimmung, und die Wahlbeteiligung war minimal. Turats Stimmenzahl sank von 4572 auf 2430, sein Gegner, ein Aristokrat, brachte es auf 1100 Stimmen. Labriola, der bei der Vorwahl 712 Stimmen gehabt hatte, erhielt diesmal nur 240.

Etwas geringer war die Spaltung im VI. Mailänder Wahlkreis, wo die Reformisten nach Rücksicht des bisherigen Parteikandidaten Cabriotti — gleich Turati — außerhalb der Parteiorganisation stehenden Chefredakteur des „Tempo“, Treves, aufgestellt hatten. Dieser erhielt 2069 Stimmen, der Ordnungskandidat 1436, Vazzari 297. Die spätere Stimmenzahl der beiden Parteikandidaten hier dürfte ihren Grund darin haben, daß die sozialistische Wählerchaft Mailands in ihnen mehr die Vertreter der sozialistischen Fraktion als der Gesamtpartei sieht.

Bemerkenswert an diesem Wahlkampfe ist auch die lebhafteste Wahlbeteiligung der Arbeiter, die in zwei Kreisen eigene Kandidaten aufgestellt hatten, sowie die Haltung der „christlichen Demokraten“, die es energisch abgelehnt haben, für den Aristokraten zu stimmen. Diese „christlichen Demokraten“, mit einem Stich ins Sozialistische haben in Porto maggiore (weiter Wahlkreis Ferri) zum erstenmal eigenen Kandidaten aufgestellt und wider alles Erwarten 1700 Stimmen erhalten, nur 200 weniger als Ferri!

Im ganzen war's ein guter Tag für die Partei, dieser letzte Wahltag, der gleichzeitig auf den ersten Pfingsttag und auf das Verfassungsfest fiel: Gegen 57 000 sozialistische Stimmen sind für unsere Kandidaten abgegeben worden. Wägen die sozialistischen Abgeordneten die ihnen wieder anvertrauten Mandate im Sinne ihrer proletarischen Wählerchaft erfüllen! —

Deutsches Reich.

Telegramm-Volltext.

Wie die „Frankf. Ztg.“ sich aus Wien melden läßt, ist die Anregung zu dem Doppel-Telegramm nach Rom vom deutschen Kaiser ausgegangen. Das haben wir gestern sofort vermutet. Es lag das auch nach Stil und Art so nahe, daß wir uns auf diese unsere richtige Vermutung gar nicht einbilden.

Was die politische Tragweite des Telegrammwechsels betrifft, so läßt sich das Bureau „Gerold“ darüber aus Rom melden: Der Depeschewechsel zwischen den beiden Kaisern und dem König von Italien wird in amtlichen Kreisen lebhaft kommentiert. Eine hervorragende politische Persönlichkeit erklärte, der Dreikund werde bleiben was er ist, bis zum Ablauf des Vertrages im Jahre 1912. Was die französisch-italienischen Beziehungen betreffe, so befänden sich beide Länder außerhalb der Tragweite dieser Telegramme.

Das ist ziemlich deutlich ausgedrückt. —

Dege gegen die Genossin Luxemburg.

Der polizeiliche Hintermann der „Post“ setzt sein Gewerbe wissenschaftlich falscher Denunziation fort. In der „Post“ läßt er unter dem in diesem Blatt gegen uns sibißen Ausdrücken erklären, es sei nicht wahr, daß die in die „Post“ und andere Blätter, auch in das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ von dem Polizeimann geschmuggelte Behauptung, Genossin Luxemburg sei mit einem Sekretär nach Ausland gereist und auch dieser Sekretär habe sich eines falschen Passes bedient, von Anfang bis zu Ende erfunden ist. Entweder, heißt es in der „Post“, lüge der „Vorwärts“, wenn er dies behauptet, oder, was unwahrscheinlicher, er sei tatsächlich falschlich unterrichtet. Für diesen letzteren Fall gibt uns der biedere Polizeimann den Rat, uns bei dem Rechtsanwält Dr. Lieblnecht zu erkundigen. Wenn die „Post“ zehnmal die Lügen ihres polizeilichen Einfüßlers wiederholt und auf uns schimpft, so bleibt democh ihre in die Welt geschickte Ente eine Ente. Genossin Luxemburg hat keinen Sekretär nach Ausland mitgenommen, ist ohne einen Sekretär gereist. Die gegenteilige Behauptung der „Post“ ist eine blanke Erfindung. Das ist uns aus genauerer Quelle bekannt. Zum Ueberfluß haben wir den Rat, uns beim Genossen Lieblnecht zu erkundigen, befolgt — wir wollten gern wissen, welche neue Schurkerei der polizeiliche Einfüßler der „Post“ beabsichtigt. Genosse Dr. Lieblnecht erklärt uns, daß ihm nicht das geringste von den Behauptungen der „Post“ bekannt ist, daß auch er niemals von einem Sekretär der Genossin Luxemburg irgend etwas gehört habe und daß ihm auch keine Person bekannt ist, die den Namen trägt, mit dem die „Post“ den von ihr erfundenen Sekretär zu belegen gerührt hat. Registriert sei, die „Post“ abermals den weiteren Schwindel aufwärmt der „Vorwärts“ habe behauptet, die Genossin Luxemburg sei zur Begehung strafbarer Handlungen nach

Rußland gereist. Die „Post“-Esel werden ihre Lügen wohl noch oft wiederholen. Der polizeiliche Einfüßler der erbärmlichen Dege lüftet sich, auch nur mit einer Silbe anzudeuten, welche Schritte die Strafverfolgungsbehörde wegen der mit Zuchthaus bedrohten Verbrecher der Urkundenfälschung und der Befolgung zum Landesverrat gegen Ausland gegen ihn unternommen hat und welchen Verdrehen er es zu danken hat, daß er noch nicht verhaftet ist. —

Blinde Anarchistenfurcht in Wien. Aus Wien wird offiziell gemeldet: Die Nachricht auswärtiger Blätter, daß während der Anwesenheit Kaiser Wilhelms in Wien ganz besondere polizeiliche Maßnahmen zum Schutze des Kaisers getroffen worden seien, weil die Kabinettstanzlei in der Vorwoche ein Schreiben erhalten habe, worin mitgeteilt wurde, daß die Anarchisten während des Kaiserbesuches sich Bemerkung machen würden, wird an hiesigen zuständigen Stellen als falsch bezeichnet. Tatsache sei nur, daß ein Berliner Polizeikommissar und mehrere Kriminalbeamte nach Wien gekommen seien. —

Der Richter als Zensur.

Aus Düsseldorf wird uns über nachstehenden Angriff auf die Freiheit der Presse und der Presekritik berichtet: Dem Gerichtsberichterstatter unseres Düsseldorf'schen Parteiorgans, der „Volkzeitung“, ging, vom dem Landgerichtspräsidenten Wolf veranlaßt, folgendes Schreiben zu:

„Nachdem der Redakteur Ihrer Zeitung wegen Beleidigung mit einem Monat Gefängnis bestraft worden ist und mit Rücksicht auf Form und Inhalt des Berichts über die Verhandlung in der Nr. 124 vom 20. Mai sehe ich mich veranlaßt, die Ihnen erteilte Zulasskarte zu den Sitzungen der Strafgerichte zurückzugeben. Es wird Ihnen fernerhin ein Platz an dem Tisch der Berichterstatter nicht mehr eingeräumt werden.“

Es handelte sich um den Bericht über die Verhandlung, in welcher Genosse Schotta wegen Polizeibeleidigung zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden ist und in der man den Metallarbeiter Baum wegen Verdrachts des Weineides in Haft nahm. Dieser Bericht gab ein genaues Spiegelbild der Verhandlungen und war es nicht die Schuld des Berichterstatters, daß sich die Düsseldorf'sche Justiz in keinem schönen Lichte zeigte. Interessant ist es nun dabei, daß der ständige Berichterstatter diesen Bericht, für welchen er gemäßregelt wird, gar nicht verfaßt hatte. Die Kadelstiche können natürlich weder die sozialistische Bewegung in Düsseldorf aufhalten oder die dortige „Volkzeitung“ zu einer dem Landgerichtspräsidenten genehmen Schreibweise zwingen.

Die Verfügung des Landgerichtspräsidenten ist ein Eingriff in das Recht freier Kritik seitens der Presse. Die Berichte und die Kritik der Presse vom dem Geschmack des Richters abhängig zu machen, heißt die Zensur einführen und dem Richter zum Zensur machen. Der Zensur ist Feind der Gedanken. Sein Nachrichtenamt ist mit dem Amt eines Richters schon deshalb unvereinbar, weil es den Richter tief herabzieht. Eine Justiz, die sich das Zensurenamt anmaßt und freieste Berichterstattung und Kritik nicht verträgt, charakterisiert sich selbst als minderwertig. Die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen soll einen keinen Schuß gegen Hehlprache, Annahmen und Willkürlichkeiten der Gerichte bieten. Den Männern, die das schwierige Amt der Berichterstattung für die Öffentlichkeit übernehmen, ihre Arbeit erschweren, ist ein Eingriff in die vom Gesetz vorgeschriebene Öffentlichkeit der Verhandlungen. Nach dem Gesetz steht dem Landgerichtspräsidenten zu dem oben mitgeteilten Erlaß kein Recht zu. Hier muß Remedur im Beschwerbewege verlangt werden. Richter, die sich diese Beschränkung der Öffentlichkeit der Verhandlungen und diesen Eingriff in die Sitzungspolizei gefallen lassen, zeigen einen Grad von Besonnenheit, der zu volstem Mißtrauen gegen sie berechtigt. Hoffentlich lehnen Angelegte Richter, die die Verwirklichung der landgerichtspräsidentalen Verfügung zulassen, als Befangen ab. —

Je nach dem.

Als sie die Verfassung der Volksschule durchsahen, behaupteten die Reaktionäre aller Richtungen besamlich, ohne Religion sei keine wahre Bildung möglich, ein Lehrer, der einer anderen Konfession angehört, könne auch in weltlichen Fächern die Kinder nicht angemessen unterrichten. Wer nun etwa glauben wollte, die Herren wüßten nicht, daß diese ihre Behauptung, die ja die eigentliche Grundlage der Schulverfassung bildet, unwarhaft ist, der täuselt sich ganz gewaltig. In einer Notiz, die sie „Scheintoleranz“ überschreibt, entwirft sich die „Germania“ anherberndlich darüber, daß in der „Pädagogischen Anzeigen-Zeitung“ verlangt wird, „Bei allen Anordnungen die Konfession der gewählten Bewerber angegeben zu werden.“ Das Zentrumsblatt knüpft daran ein langes Ansgelied, daß häufig Lehrer bei der Bewerbung um vakante Stellen ihrer katholischen Konfession wegen von vornherein abgewiesen würden. Selbstverständlich handelt es sich um „höhere“ Lehrer. Und dabei spricht das Blatt denn ganz offen an:

„Was hat eine Oberlehrerstelle für Mathematik oder neuere Sprachen oder Geographie ihm, mit der Konfession zu tun?“

Ja, das wissen wir in der Tat auch nicht! Aber kann eine solche Schamlosigkeit noch überboten werden? Bei der Volksschule erklärt man das Sektendel der Kinder für gefährdet, wenn katholische Kinder bei einem evangelischen Lehrer Rechnen lernen oder umgekehrt, und bei der höheren Schule weiß man ganz gut, daß Mathematik mit der Konfession nichts zu tun hat! — Das Volk hat sich ja das Schulgesetz aufhaken lassen müssen. Nun braucht man sich keinen Zwang mehr aufzulegen und kann die blöde Masse ruhig merken lassen, daß alle die vorgebrachten Gründe eitel Quatsch waren. —

Die Kolonialfrage, die in der Deutschen Kolonialgesellschaft vereinigt sind, haben sich am Donnerstag in Königsherg versammelt. Eröffnete wurde die Hauptversammlung mit einer Rede des Vorsitzenden Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, die heftige Angriffe auf den Reichstag enthielt. Der hochgeborene Redner, der — nebenbei bemerkt — keine Steuern zu zahlen braucht, sagte unter anderem: Die jüngsten Beschlüsse des Reichstages hätten leider gezeigt, daß die Mehrzahl der Reichstagsmitglieder noch nicht von der unabwiesbaren Notwendigkeit der Kolonien für Deutschland durchdrungen sei. Diese Beschlüsse hätten die geeigneten Mittel für die wirtschaftliche Entwicklung von Deutsch-Südwestafrika verlagert. Aufgaben, die nur wachsendes Kapital dargestellt hätten würden, indem sie schon nach kurzer Zeit reiche Früchte getragen hätten. Pflicht der Kolonialgesellschaft sei es, den Mut nicht sinken zu lassen und mit verdoppelter Kraft einzutreten für die Landesteile in Südwestafrika und für die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie. Es sei die heilige Pflicht der Kolonialgesellschaft, nachdrücklich dafür zu sorgen, daß ihre Auffassung über den Wert der Kolonien Gemeingut des deutschen Volkes werde. Eines der besten Mittel dazu sei die Einwirkung auf die heranwachsende Jugend. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Nach Abendung der üblichen Guldigungstelegramme wurde einstimmig und ohne Diskussion folgender Antrag angenommen: Die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft spricht unter dem Ausdruck lebhaften Bedauerns über die Ablehnung der Regierungsvorlagen durch den Reichstag, betreffend: 1. Entschädigung der durch den Krieg geschädigten Anstifter; 2. Eisenbahnsubsidien-Reform; 3. Errichtung eines selbstständigen Kolonialamtes, die Zuversicht aus, daß diesen berechtigten und dringenden Forderungen baldigst Geltung verschafft werde. — Als Ort der nächstjährigen Tagung wurde Worms bestimmt.

Wägen die Kolonialfrage noch recht oft Gelegenheit haben, dem Reichstag ihre Unzufriedenheit auszusprechen! —

Sieben Kandidaten sind bisher schon für den Reichstagswahlkreis Rinteln-Hofgeismar zu verzeichnen, der Sozialdemokrat und sechs feindselige bürgerliche Brüder. Die Antifemiten treten mit zwei Kandidaten an. Die Reformen respektieren den Bestand ihrer deutschnationalen Brüder nicht, sie wollen Rechte nehmen für Unbill, die jene ihnen angetan, und so stellen sie dem dem Deutschsozialen, Bürgermeister Herzog, einen Privatmann Helmerich aus Kassel entgegen. Dazu kommen ein nationalliberaler, ein freisinniger und ein „entschieden liberaler“ Kandidat, und ein Zentrumskandidat soll noch in Aussicht stehen. Die „Freie Deutsche Presse“ hat gegen den Kandidaten der „entschiedenen Liberalen“, den Lehrer Kämpel-Kassel, Front gemacht mit der Erklärung, daß der Rechtsanwalt Noehrig der Kandidat der gesamten Freisinnigen des Wahlkreises ist und daß ein Kandidat der „entschiedenen Liberalen“ außer ihm nicht existiert.

Ein Organ des linken Flügels der Freisinnigen Vereinigung hat darauf erklärt:

„Die durch die Presse gehende Nachricht, daß die entschiedenen Liberalen im Reichstagswahlkreise Hofgeismar-Rinteln neben dem Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei Rechtsanwalt Noehrig noch einen besonderen Kandidaten in der Person des Lehrers Kämpel aus Kassel aufgestellt haben, entbehrt jeglicher tatsächlichen Unterlage. Zwischen den Vertrauensmännern der beiden freisinnigen Parteien in Kassel war ein auch die Stichwahltaktik genau präzisierendes Abkommen über ein gemeinsames Vorgehen getroffen worden, auf Grund dessen, wie wir annehmen, die Kandidatur des Rechtsanwalts Noehrig, des Vorsitzenden des Berliner Waldbredener-Komitees, aufgestellt worden ist. Dieses Abkommen der Kasserer Freisinnigen würde nur in dem Falle keine bindende Kraft besitzen, wenn — worüber wir zurzeit nicht orientiert sind — der Kandidat die von den Vertrauensmännern beider freisinnigen Richtungen einstimmig angenommenen Stichwahlbedingungen nicht akzeptiert haben sollte; aber auch in diesem Falle kann von der Aufstellung einer Sonderkandidatur der einen freisinnigen Richtung gegen die andere keine Rede sein.“

„National“ und „Kreuz-Zeitung“ rufen darauf schon die Zentralkommission der freisinnigen Volkspartei auf, den Frevel, daß Freisinnige nicht für den Reaktionär, sondern für einen Sozialdemokraten stimmen könnten, zu verhindern. Die Freisinnigen hatten im Jahre 1903 748 Stimmen im Wahlkreise! —

Russische Fußtritte. Von der schlesisch-russischen Grenze wird gemeldet:

In der Nacht zu Mittwoch ist an der neutralen Grenze bei Eichenau (früher Klein-Dombromka) ein russischer Schmuggler, der auf preussisches Gebiet geflüchtet war, von den ihn verfolgenden russischen Grenzsoldaten erschossen worden.

Das ist nun ungefähr der zwölfte Fall seit Jahresfrist. Und die starke deutsche Regierung läßt sich die Fußtritte ruhig gefallen. —

Ein Nationalliberaler. Der Reichstagsabgeordnete für Kaiserlautern, Bürgermeister Schmidt, der an Stelle des mandatsunfähigen Weimarerbessers Sartorius als Kompromißkandidat des nationalliberal-freisinnig-demokratischen Wählerblocks nachgewählt wurde, hat in der zweiten Lesung gegen und in der dritten Lesung für die Jahressteuer gestimmt. So ist der überzeugungstreu Abgeordnete sowohl rechtsstehenden wie auch seinen linksstehenden Wählern nach Zumutlichkeit gerecht geworden. Herr Schmidt ist eine wahre Perle der nationalliberalen Fraktion.

Der Vorstoß gegen den Eid in der Zweiten kassischen Kammer. Am Donnerstag teilte der Präsident Haas in der Zweiten kassischen Kammer mit, daß schon bei früheren Gelegenheiten, wie bei der Vereidigung des Abgeordneten Moellinger und des späteren Staatsministers Finger, die beide der Remonitengemeinschaft angehört hätten, bei der Vereidigung auf die Verfassung an Stelle des Schwures die Gelobung durch Handschlag eingetreten sei. —

Begeisterungsübungen. In den „Wormser Nachrichten“ vom 30. Mai ist folgendes zu lesen:

Eine kräftige Ovation wurde heute vormittag der Herr Polizeipräsident genietet. Auf der Kaiser Wilhelmstraße hatten die Schulen Probeaufführung für das Rosenfest genommen. Herr Polizeipräsident Bischoff hatte die Ehre, den Großherzog zu marieren. In einem Wagen kam er vom Bahnhof und durchfuhr in voller Grandezza und mit leuchtendem Reigen nach links und rechts das von den Kindern gebildete Spalier. Rauschende Hufeisen aus den kleinen Reifen schallten ihm entgegen. Die Kinder machten ihre Sache vorzüglich und auch der Herr Polizeipräsident zeigte sich auf der Höhe der Situation.

Das Soldaten für Strafen gedrückt werden, ist ja nichts Neues, daß man aber sogar schon Schulknuden zum Durraufreien abrichtet, das ist der Gipfel vaterländischer Erziehungslust. —

Wertbestimmung der Einfuhrscheine im Zollverkehr. Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 30. Mai d. J. auf Grund der in § 4 des Gesetzes, betreffend die Wertbestimmung der Einfuhrscheine im Zollverkehr vom 12. Februar d. J. ihm erteilten Ermächtigung beschlossen, die Vorschriften dieses Gesetzes mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab außer Kraft zu setzen.

Danach werden von diesem Zeitpunkt ab bei der Ausfuhr von Roggen, Weizen, Spels, Hafer, Buchweizen und Speisebohnen der Wertbestimmung der zu erteilenden Einfuhrscheine die vollen seit dem 1. März d. J. geltenden verordnungsmäßigen Zollsätze zugrunde gelegt werden, ohne daß es hierzu der Vorlegung sogenannter Gutsscheine bedarf. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlreform.

Am Freitag hat der neue Ministerpräsident, Herr v. Wedl, auch im „Herrenhause“ nebenher ein paar blühende Worte zu Gunsten der Wahlreform gesprochen.

Die Arbeiter Oesterreichs sind offensichtlich am Ende ihrer Geduld angelangt. Jahr um Jahr haben sie auf die Wahlreform gewartet. Monat um Monat haben sie sich die letzte Zeit vertrösten lassen, da man ihnen versprochen, sie sollten endlich das allgemeine Wahlrecht erhalten. Die schönen Worte des Ministeriums Hohenlohe konnten nicht in Taten umgesetzt werden, da Hohenlohes Kabinett zu schnell dahinsüßte. Herr v. Wedl scheint auch nicht arm zu sein an schönen Worten. Die Arbeiter Oesterreichs aber haben's — wie gesagt — satt, sich noch weiter am Karrenseil führen zu lassen.

Es gärt und kocht allenthalben, wo in Oesterreich Proletarierherzen schlagen. Es finden Versammlungen statt, in denen unwillig getabelt wird, daß noch immer nicht die Parole zum Generalfreil ausgegeben sei! — Am Mittwoch haben die Wiener Arbeiter sich in zwanzig Versammlungen in ähnlichem Sinne ausgesprochen.

Wenn die österreichische Regierung jetzt nicht bald hört, wird sie den Lohn für ihre Fehler zu fühlen bekommen! —

Schweiz.

Jahres 17. Juni! (Fig. Ver.) Die Volksabstimmung über das eidgenössische Lebensmittellgesetz findet am Sonntag, den 10. Juni, statt, nachdem sie von 57 354 Wählern unterschrieben verlangt worden ist. Das Gesetz ist ein perhder, hinterlistiger agrarischer Wechselhaß, der den Gedanken, den er verteidigen sollte, verläßt, indem sein Zweck weniger Schutz der Konsumenten vor Verfälschung der Lebensmittel, als vielmehr eine neue Bereicherung der Agrarier auf Kosten der Konsumenten ist. Welche großen Vorteile die Bauern von dem Gesetze für sich erwarten, lassen die 15 000 Fr. abgeben, die der Bauernverband für die Agitation zu Gunsten des Gesetzes aufgewandt hat. Seit Wochen werden die heftigsten Kämpfe um das Gesetz geführt, wobei die städtisch-bürgerliche Demagogie das höchste für die Agrarier leistete. Leider ist die Annahme des

Arbeiter- und Konsumentenfeindlichen Gesetzes in der Volksabstimmung nicht unwahrscheinlich.

Frankreich.

Paris, 8. Juni. (B. L. O.) Deputiertenkammer. Weissou wurde mit 282 von 423 abgegebenen Stimmen endgültig zum Präsidenten gewählt.

Die nächste Session.

Am kommenden Montag wird die Regierung im Parlament ihre Erklärung vorlesen, die sich — wie üblich — zuerst mit den auswärtigen Beziehungen beschäftigen soll und dann die Gesetze für die nächste Session anhängen wird: zuerst ein Einkommensteuergesetz, sodann ein Entwurf betreffs Abänderung des Gesetzes von 1894 über die Kriegsverbrechen. In Bezug auf die Syndikate wird die Regierung ihren entschiedenen Willen zum Ausdruck bringen, das Funktionieren der öffentlichen Dienstverwaltungen nicht durch Gewährung des Streik- und Konfliktrechts an die Beamten zu gestatten. — Die Erklärung wird ferner eine Novelle zum Vergesetz anhängen, die die Fälle festlegt, in denen der Verlust des Rechtes der konfessionellen Gesellschaften ausgesprochen werden kann und die die Gewerbesteuer auf die verschiedenen Konzeptionen für Vergewaltigungen festlegt. Die Erklärung wird schließlich zum Ausdruck bringen, daß die Regierung sich alle Mühe geben wird, das Gesetz über die Altersversorgung der Arbeiter zur Verabschiedung zu bringen.

Durch den oben erwähnten Einkommensteuergesetz-Entwurf sollen, wie in politischen Kreisen verlautet, vier Kategorien von Einkommen getroffen werden, und zwar Einkünfte, die aus Häusern und Grundstücken, aus Kapital und Arbeit, Einkünfte, die aus Arbeit allein und solche, die aus Wertpapieren allein herrühren. Der Steuerfuß wird für die einzelnen Kategorien verschieden festgesetzt werden, so z. B., daß die durch Arbeit geschaffenen Einkünfte weniger besteuert werden, als die aus Kapital herrührenden. Ferner soll ein nach der Einwohnerzahl der Ortschaften verschieden bemessene Mindestsatz einkommensteuerfrei bleiben.

Spanien.

Vom Attentat. Die Königin-Witwe Marie Christine von Spanien, die Mutter des Königs Alfonso, hat den Papst um die Erlaubnis, das Haus, von welchem aus die Bombe gegen den König geworfen wurde, in eine Kapelle umzuwandeln, um so das Andenken an die wunderbare Errettung des Königspaares zu verewigen. Der Papst erteilte dröhnlich seine Zustimmung.

Am Donnerstagsabend leistete sich Anstaltsdirektor „Deutsche Tageszeitung“ eine ebenso unwohle wie hundertgemeine Verächtlichung unserer spanischen und unserer französischen Genossen.

Aus Paris erhielt das Aquaretblatt von seinem Korrespondenten einen Bericht, in dem der brave Portellener auch auf die Feier zu sprechen kam, die sich unsere Pariser Genossen aus Anlaß ihrer Erfolge bei den letzten Wahlen am Freitagabend zu begeben erlaubten und bei der neben vielen französischen auch einige ausländische Sozialisten das Wort ergriffen. — Jener Ehrenmann schreibt nun der „Deutschen Tageszeitung“ aus Paris unter anderem folgendes:

„... Von welcher Seite hier mit den Anarchisten fraternisiert wird, zeigt die geistige Siegesfeier der geeinigten Sozialisten von Binnenden. Dort feierten nämlich Jaures und Konforten ihre Wahlsiege. Ein spanischer Genosse trat da auf das Wohl der sozialistischen Gemeinderäte von Madrid, die sich geweigert hatten, der Glückwunschadresse für König Alfonso zuzustimmen, und dabei feierte man zugleich den Bombenwerfer Morales. Wenn man daher internationale Maßnahmen gegen die Anarchisten ergreifen will, so hat man es nicht nur mit dem bisherigen Widerstande Englands zu tun. Auch die französischen Sozialisten müßten gestonnen werden, auf ihre Waffenbrüderschaft mit den Anarchisten zu verzichten.“

Die Wahrheit ist: Der spanische Delegierte, Genosse Cailla, hat auf jenem Feste zwar das Wort ergriffen. Aber was sagte er? Ungefähr folgendes: „... Die Zeitungen, die sich in diesen Tagen so viel mit dem Madrider Attentat beschäftigen, sollten auch einmal der Attentate auf Recht, Freiheit und Menschlichkeit gedenken, unter denen die spanischen Republikaner und Sozialisten ständig zu leiden haben.“ Dann erzählte Cailla, wie sich die Mehrheit des Madrider Gemeinderates gegen unsere Genossen in eben diesem Gemeinderat benahm, als sie sich weigerten, der Abwendung einer Sympathieadresse an König Alfonso zuzustimmen!

So taktlos und so dumme war der Spanier Cailla nicht, bei einer Siegesfeier der französischen Genossen auf das Wohl von Spanien zu trinken. Die infame Lüge, daß man „dabei“ den Bombenwerfer Morales (vermutlich auch mit Champagner!) gefeiert habe, richtet sich von selbst. Und damit auch die dumme Schlußbetrachtung, die an die Subeile angehängt ist.

Dänemark.

Das Verfassungsfest.

Der 5. Juni, das Verfassungsfest, gestaltete sich in diesem Jahre für die dänische Arbeiterkassette zu einer Feier der Wahlfeier des 20. Mai. Die Arbeiterkassette von Kopenhagen hatte sich am Nachmittag zu vielen Tausenden im Park Søndermarken versammelt, wo von drei Rednertribünen die Redner des sozialdemokratischen Vorgängers, Starming, Knudsen, Wilmann, M. Olsen und Jakob Christensen begeisterte Ansprachen hielten. Christensen, Vertreter des ländlichen Wahlkreises Silkeborg in Jütland, hob treffend hervor, daß keine Wahl zum Verfassungsfest ein Beweis für die Unwahrscheinlichkeit des Gesetzes der Segner ist, die Sozialdemokratie sei eine Partei lediglich der städtischen Arbeiter und vermöge in die Landbevölkerung nicht einzudringen.

Außer den Sozialdemokraten feierten in der Hauptstadt diesmal nur noch die Radikalen das Verfassungsfest; die Regierungsbürokraten, Konservativen und Moderaten hatten hier auf die Veranstaltung einer Feier verzichtet.

In der Provinz sind bei Verfassungsfesten der Regierungsliberalen drei Minister als Redner aufgetreten. Der Finanzminister Lassen sprach — ziemlich radikal — davon, daß das Ministerium sich völlig einig sei, eine demokratische Politik zu führen. Der große Fortschritt der Sozialdemokratie, so bemerkte er weiter, fordere auch nicht zu einer konservativen Politik auf. Dagegen bewegte sich sein Kollege Berg, Minister des Innern, in einem ganz anderen Fahrwasser. Dieser dankte den Moderaten für die Wahlhilfe, die sie seiner Partei ohne Rücksicht auf die Pflichten früherer Jahre geleistet haben, und kündigte die Fortsetzung der bisherigen Politik an. — Der Ministerpräsident, der ebenfalls eine Rede hielt, ging überhaupt nicht auf die politischen Streitfragen ein. Ohne Zweifel wird das Ministerium seine bisherige reaktionäre Politik soweit wie möglich fortsetzen.

Schweden.

Die Sozialdemokratie und die Wahlrechtsfrage.

Der Umstand, daß die Wahlrechtsreform nur wiederum gescheitert ist, daß der König das Ministerium, das bereit war, die Reform durch Auflösung des Reichstags zu erzwingen, entließ und ein Ministerium nach den Wünschen der widerspenstigen Ersten Kammer ernannte, stellt unsere schwedischen Parteigenossen vor neuem vor die Frage, was nun geschehen soll, um endlich die politische Gleichberechtigung zu erlangen und die Gewalt Herrschaft der großen Herren zu beenden, denen der König jetzt wiederum die Geschicke des Landes anvertraut hat. Daß von diesem Ministerium keine annehmbare Wahlrechtsreform zu erwarten ist, erscheint selbstverständlich. Das Proportionalsystem, das von dem jetzigen Landwirtschaftsminister Pettersson vorgeschlagen worden ist und die Zustimmung der Ersten Kammer fand, würde für diese Kammer nur eine Dekoration bilden und an ihrer Zusammensetzung nichts ändern, aber wohl dazu dienen, ihre Machtstellung wie die der Reaktion im ganzen Reichstage zu stärken, wie denn auch der ganze Vorschlag Petterssons darauf berechnet ist, Garantien für die Erhaltung der Herrschaft zu schaffen.

Unsere schwedischen Parteigenossen beschäftigen sich bereits eifrig mit der Frage, ob nicht jetzt ein außerordentlicher Parteitag notwendig ist, um über die zukünftige Taktik in der Wahlrechtsfrage zu beraten. Bekanntlich wurde Anfang des Jahres 1902 ebenfalls ein außerordentlicher Parteitag abgehalten, der über den Massenstreik für das allgemeine Wahlrecht beschloß.

Nur vor Königten haben die Sozialdemokraten der größten Industriestadt Schwedens, die Arbeiterkommune von Malmö, in einer großen Versammlung über einen neuen Kampfplan beraten und hierzu eine vom Vorstand vorgeschlagene Resolution angenommen, die folgende Forderungen enthält:

1. Abschaffung der Ersten Kammer;
2. Abhängigkeit der Königsmacht vom Volkswillen;
3. Allgemeines, gleiches und direktes politisches und kommunales Wahlrecht für Männer und Frauen.

Zur Festlegung des Kampfprogramms für die Gesamtpartei und ihrer Taktik in der Wahlrechtsfrage wird der Parteivorstand aufgefordert, unmittelbar einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen.

„Social-Demokraten“ bemerkt dazu, daß der Wahlrechtsausschuß des Parteivorstandes bereits über diese Frage beraten, aber einen endgültigen Beschluß noch nicht gefaßt hat. Daß in der gegenwärtigen Lage ein außerordentlicher Parteitag notwendig ist, sei klar. Man könne nicht warten, bis im Jahre 1908 der ordentliche Parteitag zusammentrete. Doch sei es vielleicht zweckmäßiger, wenn der außerordentliche Parteitag nicht schon im Sommer, sondern — wie der von 1902 — statthabe, kurz bevor die Entscheidung über die Wahlrechtsreform fallen müsse. Inzwischen könne man sich sammeln unter dem Kampfwort: Nieder mit der Ersten Kammer!

Amerika.

Die Herbstwahlen.

Die Parteien rüsten zu den Herbstwahlen. Neben den Kongresswahlen finden noch viele Staatswahlen und zahlreiche Gemeindevahlen statt. Die Republikaner, Demokraten und Sozialisten sind überall an der Arbeit; in allen Staaten werden Parteizusammenkünfte abgehalten; man nominiert Kandidaten und einigt sich auf ein bestimmtes politisches Programm.

Die Sozialistische Partei von New York trat am 2. und 3. Juni zur Beratung zusammen, die Partei von Wisconsin hatte am 2. Juni in Milwaukee ihre Tagung; in Nevada findet sie am 4. Juli statt. Überall ist große Mühseligkeit zu verzeichnen. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, einen Vertreter der Partei in den Kongress zu wählen, und das Hauptinteresse konzentriert sich daher noch immer auf die Staats- und Gemeindevahlen, bei denen schon mancher Sieg errungen wurde. Im Jahre 1902 gelang es dem Einflusse der Gewerkschaften in San Francisco, zwei eigene Vertreter in den Kongress zu senden, die als Arbeiterpartei eingezogen und gewöhnlich mit den Demokraten gingen. Im 56. Kongress (1904 gewählt) verschwanden die beiden Arbeitervertreter wieder, die Republikaner gewannen die beiden Sitze.

Im jetzigen Hause beträgt die republikanische Majorität 112. Von den 336 Sitzen nämlich gehören den Demokraten nur 137, den Republikanern 249. Unter den Demokraten ist man jetzt aber voll Hoffnung, weil in den Reihen der Republikaner viel Unzufriedenheit mit Roosevelt besteht und infolgedessen Uneinigkeit herrscht. Die beiden Flügel der Demokraten, der konservative unter Grover Cleveland, der radikale unter Bryan, sind sehr versöhnlich gestimmt. Der Bruch zwischen ihnen ist jetzt zehn Jahre alt; es war im Jahre 1896, als sich die demokratische Partei in die Gold- und die Silberdemokraten schied, Cleveland sich für die Gold- und Bryan sich für die silberwählende Silberwährung erklärte. Nach der Niederlage, die Silber erlitt, wagte man nicht wieder, die Frage anzuhängen, und sie spielt auch jetzt keine Rolle mehr. Was die Beförderung der feindlichen Elemente hauptsächlich fördert, das ist der wachsende Einfluß von William Randolph Hearst mit seinen Verstaatlichungs- und Verstaatlichungsplänen und seinem eifrigen Vuhlen um die Gunst der organisierten Arbeiter. Es verlautet in bestimmter Weise, daß Hearst selbständig als Gouverneur für den Staat New York kandidieren wird, und man weiß, daß die Chancen seines Sieges nicht gering sein würden.

Aus der Partei.

„Die junge Garde“, Organ des Verbandes junger Arbeiter, kann vom 1. Juli ab bei allen Postämtern bestellt werden. Wir erlauben sämtliche Einzelbezieher, vom 1. Juli ab „Die junge Garde“ nur bei der Post zu bestellen.

In Orten, wo Parteibuchhandlungen sind, kann sie von diesen bezogen werden.

Verlag der „Jungen Garde“, Bruno Wagner, Mannheim R. 4, 2.

Die Parteipresse wird um Nachdruck gebeten.

Gestiftetes Parteimitgliedsbuch. Auf Franz Marx und Fena lautet ein Mitteilungsblatt des 11. hannoverschen Wahlkreises (Einbez), welches in Straßburg von einem gewissen Haber fortgesetzt worden ist. Es wird erlucht, das Buch anzuschaffen, wenn es vorgezeigt wird, und es an Eugen Ged, „Volkstreu“, Karlsruhe, zu senden.

Vom neuen Inspektur in Düsseldorf. Genosse Schotte von der „Düsseldorfer Volkszeitung“ hat zu seinen vielen Klagen noch eine neue bekommen. Der Bürgermeister von Erath kauft sich durch Notizen über eine Gemeinderatsitzung beleidigt. In einer überaus hartbesetzten Verammlung des Sozialdemokratischen Vereins Düsseldorf haben die Genossen der Redaktion des Parteiorgans ein Vertrauensvotum ausgestellt und die Erwartung ausgesprochen, daß auch in Zukunft, trotz aller Verfolgungen, die Haltung des Düsseldorfer Arbeiterorgans die gleiche bleibt wie bisher.

Soziales.

Dem ortsfunktionarischen Fortbildungsausschuss unterliegen nur die im Orte Wohnenden.

Der Arbeitgeber Rollentah aus Rattowitz war in zweiter Instanz vom Landgericht Deutsch O./E. zu Geldstrafe verurteilt worden, weil er einige seiner jugendlichen Arbeiter, die nicht im Betriebsort Rattowitz wohnten, nicht beim Leiter der Fortbildungsschule als Schüler angemeldet hatte. — Das Kammergericht sprach ihn jedoch gegenwärtig mit folgender Begründung frei: Nach der Aufstellung des Kammergerichts können durch Ortsstatut diejenigen jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge der Fortbildungsschule unterworfen werden, die in dem Orte, wo sich die Fortbildungsschule befindet, beschäftigt seien. Dem entspreche auch das Ortsstatut für Rattowitz in seinem § 1, in dem es der Schulpflicht alle sich regelmäßig in Rattowitz aufhaltenden jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren und Lehrlinge unterwerfe. Dann komme aber § 3 des Ortsstatuts und Bestimmung u. a., daß diejenigen, welche im Gemeindebezirk nicht wohnten, aber dort beschäftigt seien, in die Schule aufgenommen werden könnten. Diese Bestimmung siehe der des § 1 verfolge gegenüber. Da es sich hier um solche Arbeiter gerade handelte, könne Angestellter nach § 3 nicht verurteilt werden, während er nach § 1, wenn nicht dieser § 3 wäre, hätte verurteilt werden können.

Aus Industrie und Handel.

Gegen das Couponabschneiden! Die Aktionäre der Internationalen Bohrergesellschaft — $\frac{1}{2}$ der Aktien sind im Besitz des Schaffhauserischen Bankvereins —, die sich im vorigen Jahre mit der bescheidenen Dividende von nur — 100 Proz. begnügen mußten

sehen für das abgelaufene Geschäftsjahr die Mühe des Couponabschneidens etwas reichlicher gelohnt. — 500 Proz. Dividende sollen ihnen diesmal in den Schoß fallen. Allerdings der Gewinn geht noch weit über die für eine solche Dividende erforderliche Summe hinaus, er beläuft sich auf 15 Millionen Mark. Die Gesellschaft ist im Jahre 1895 mit einem Aktienkapital von 400 000 M. gegründet worden. Im Dezember 1898 wurde das Kapital auf $\frac{1}{2}$ Million Mark erhöht, dann erfolgte 1900 eine weitere Erhöhung um 500 000 M. Auf das damit 1 Million Mark betragende Aktienkapital hat die Gesellschaft allein in den letzten drei Jahren $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark an Dividenden verteilt, jetzt kommt noch die auf 500 Proz. geschätzte Dividende hinzu. Die hohen Dividenden bedingen auch glänzende Beiträge für die leitenden Persönlichkeiten. Nach dem Gesellschaftsvertrag erhält nach Abzug von 5 Proz. für Dividende und 5 Proz. für Reserven der Aufsichtsrat 10 Proz. und der Vorstand bis 40 Proz. vom Reingewinn. Nach der letzten Bilanz weisen die verschiedenen Reservefonds bereits die Summe von $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark auf.

Die Gründungstätigkeit im Mai.

Nachdem im Monat April die gewerbliche Unternehmungslust sich ganz besonders lebhaft entfaltet hatte, ist im Mai eine Reaktion eingetreten: das in Industrie, Handel und Verkehr neu investierte Kapital repräsentierte nicht annähernd eine so hohe Summe wie im April. Im Mai betrug nämlich das durch Neugründungen und Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung zuzulegende Kapital nur 92 390 000 M. gegen 188 620 200 M. im April. Nur 5 190 000 M. wurden im Bankgewerbe neu investiert gegen 94 970 000 M. im April. Von der überaus hohen Summe entfiel allerdings rund 61 Millionen auf Kapitalerhöhungen, rund 3½ Millionen wurden in neuen Banken angelegt. Vergleichert man die Gründungstätigkeit, so ergibt sich für die beiden letzten Monate nachstehende Übersicht. Es entfielen in Mark auf

	April	Mai
Neugründungen	52 390 000	50 182 050
Kapitalerhöhungen	126 530 200	85 168 000
Kapitalerhöhungen	20 806 000	1 970 000

Bei Aktiengesellschaften ging die Kapitalsumme absolut und relativ noch stärker zurück als bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Es ist dies hauptsächlich auf die Abnahme der Bankneugründungen zurückzuführen, die noch überwiegend in Form von Aktiengesellschaften erfolgen. Ingesamt wurden in Aktiengesellschaften durch Neugründungen und Kapitalerhöhungen im Mai 58 Millionen Mark angelegt gegen 165 Millionen Mark im April. Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung ging die Summe nur von 42,6 Millionen Mark im April auf 30,4 Millionen im Mai zurück. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß gerade im Vergangenen trotz der außerordentlich günstigen Marktlage das neu investierte Kapital im Mai eine unbedeutende Summe repräsentierte. Es wurden 6 Gesellschaften mit 510 000 M. gegründet gegen 10 mit 8 400 000 M. im April. Diese Gestaltung der Unternehmungslust ist eben durch die zunehmende Monopolisierung des deutschen Vergahens veranlaßt worden. Die in der Metall- und Maschinenindustrie im Mai neugegründeten Gesellschaften repräsentieren ein Stammkapital von 6,6 mit Einschluß der Elektrizitäts- und Gaswerke ein solches von 11,5 Millionen Mark gegenüber 4,9 Millionen Mark im April. Im Handelsgewerbe ausschließlich der Banken wurden im Mai rund 11 Millionen Mark mehr angelegt als im April. Von anderen Gewerben ist nur noch die chemische Industrie mit einer Steigerung von 2 Millionen Mark zu nennen.

Die Krise im Bankgewerbe Münchens ist von einer erstaunlich langen Dauer und einer ungewöhnlichen Intensität. Auch das Jahr 1905 hat noch keine durchgreifende Besserung gebracht. Die Zahl der Neubauten, soweit es sich um die Privatbanktätigkeit handelt, ergibt sich für die letzten sechs Jahre aus nachstehender Übersicht. Es wurden erstellt:

	Wohnungen	Berkstätten	Bäden	Gastwirtschaftsräume
1900	6349	216	899	107
1901	5234	118	555	67
1902	4229	124	440	57
1903	3394	101	399	35
1904	1481	63	121	22
1905	1509	157	95	16

Während in den meisten anderen Städten schon das Jahr 1903 eine wesentliche Besserung der Bautätigkeit brachte, die dann 1904 und 1905 in einen neuen Aufschwung überging, nahm in München die Bautätigkeit bis 1904 fortgesetzt und erheblich ab. Auch das Jahr 1905 stand noch unter dem Zeichen äußerster Mattigkeit. Die übermäßige Spekulation rückte sich also auf Jahre hinaus und verminderte die Arbeitstätigkeit in einer für die betagte Arbeiterbevölkerung äußerst verberblichen Weise. Erst wurde die Arbeiterzahl künstlich gesteigert; plötzlich schlug dann die Konjunktur um und es konnte etwa nur noch ein Viertel bis ein Drittel der früher Beschäftigten Arbeit und Gehalt in München selbst finden.

Die steigenden Kupferpreise werden durch die ungewöhnliche Zunahme des Kupferverbrauches äußerst begünstigt. Obwohl die Produktion eine starke Vermehrung zeigt, genügt sie doch lange nicht, um der Nachfrage zu genügen. Sowohl in Amerika als auch in Deutschland und England werden außer für die elektrische Industrie, den Schiffbau und die Munitionsherstellung größere Mengen Kupfer für den Lokomotiv-, Eisenbahn- und Telephonbau benötigt. Auch der Bedarf Chinas steigt außerordentlich. Dort wird Kupfer nicht bloß wie bisher für Fragezwecke, sondern, wie in dem Jahresbericht der Handelskammer Halle a. S. über den Mansfelder Kupferbergbau bemerkt wird, neuerdings auch für Munition benötigt, nachdem man sich von der Notwendigkeit einer modernen Armee überzeugt und selbst die Fabrikation mit Unterstützung deutscher Fachleute in die Hand genommen hat. Der Wiederaufbau der russischen Flotte endlich steigert gleichfalls die Nachfrage nach Kupfer, wenn auch über die Fertigstellung der Pläne immer noch einige Zeit vergehen wird.

Verlängerung des Stahlvertrages. Wie die Rheinisch-westfälische Zeitung“ hört, ist in der Sitzung der Stahlwerksbesitzer am 31. Mai der Antrag gestellt worden, den Stahlwerksverband unverändert auf vorläufig ein Jahr bis zum 30. Juni 1908 zu verlängern, um der derzeitigen günstigen Konjunktur eine kräftige Stütze zu verleihen. Die beschlossenen Erklärungen, jedoch ohne Bedingungen, müßten bis zum 15. d. M. dem Verbands übergeben sein. Das genannte Blatt meldet weiter, es bestände allseitige Einigkeit, dem Antrage zuzustimmen. — Unter den gegenwärtigen Umständen haben die gemischten Werke ersichtlichweise keine große Neigung, Kämpfe um die Beteiligungsziffern zu provozieren, sie sind ja vorläufig hinreichend mit Aufträgen versehen. Die Kämpfe, auf die man sich durch Angliederung an große Handelsfirmen vorbereiten, werden mit einem Konjunkturrückschlage einsehen.

Handelsverträge und Textilindustrie. Ueber die Wirkungen der neuen Handelsverträge läßt sich der Jahresbericht der Grazer Handelskammer sehr pessimistisch aus. Es sei außerordentlich schwer, das Exportgeschäft in Kammerwaren aufrecht zu erhalten. Da der erdachte Handelsvertrag mit Amerika nicht zu Stande gekommen, läßt sich auf eine Besserung zunächst nicht rechnen werden, während Amerika seinen Absatz von Industrieprodukten immer mehr ausdehne. — Bei alledem ist das Geschäft nach Amerika noch am günstigsten, weil nach dort Waren exportiert werden können, die in gleicher Vollendung zu produzieren die amerikanischen Industrie noch nicht in der Lage ist.

Aktionskursfabrik A. G. Berlin. Die Generalversammlung genehmigte die Verteilung einer Dividende von 12 1/2 Proz. Die Ausschüsse für das laufende Jahr wurden als sehr zufriedenstellend bezeichnet.

Gewerkchaftliches.

Uebergriffe.

Beil er einem Sozialdemokraten in überchristlicher „Wahrheits-Nebe“ unschöne Dinge nachgeredet hatte und dazu in christlicher Weise sich weigerte, Beweise anzuführen, wurde der Agitator der Zentrums-gewerkschaften Döring kürzlich vom Schöffengericht in Köln zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Dieselbe christliche „Lüge“, die sich Herr Döring gerichtlich hat attestieren lassen, weist unser „Eiserfeldler“ Parteiblatt dem kerkalen „Wuppertaler Volksblatt“ nach. Dies Blatt brachte zur Zeit eine Notiz, in der reorganisierten Maurern allerlei Schandthaten nachgesagt wurden.

Die Leute sollten, um einen christlich organisierten zu ärgern, katholische Zeremonien verhöhnen, den Christlichen schwer drangsalieren und aus der Arbeit gebracht haben. Der Maurerverband schickte dem Blatte, dessen Darstellung von A bis Z, erlogen war, eine Verichtigung. Diese wurde nicht aufgenommen, dafür erschien aber vierzehn Tage später in dem für Wahrheit, Freiheit und Recht kämpfenden Blatte folgende Notiz:

„In unserer Ausgabe vom 11. Mai brachten wir eine Notiz, der zufolge der christlich organisierte Maurer Schmidt auf einer Baustelle in Somborn von Genossen unter Verhöhnung und Nachsprechung kirchlicher Sitten und Gebräuche in brutaler Weise terrorisiert worden sei. Wie wir bereits mitteilten, ging uns in dieser Angelegenheit eine Verichtigung zu, die schlankwegs jenes Vorkommnis, das geeignet gewesen wäre, den Sch. zu kränken, in Abrede, dagegen den Sch. als den allein schuldigen Teil hinstellte. Unseren lebhaften Bemerkungen, den eigentlichen Tatbestand festzustellen, ist es nicht gelang, in die Angelegenheit die gewünschte Klarheit zu bringen. Es steht Behauptung wider Behauptung; unbeteiligte Zeugen — als welche wir in erster Linie die keiner Organisation angehörenden Arbeiter des Neubaus betrachten — erklären nichts gesehen und gehört zu haben.“ Wir glauben den journalistischen Gepflogenheiten mit dieser kurzen lokalen Darlegung zu genügen, sind aber selbstverständlich gerne bereit, wenn unsere damalige Notiz sich als irrig erweist — und das anzunehmen, haben wir heute noch keine Veranlassung, weil, wie gesagt, Behauptung gegen Behauptung steht. — unseren Lesern davon Mitteilung zu machen.“

Also weil die auf dem Bau Beschäftigten nichts gesehen haben (weil nichts passiert ist), nimmt das Blatt für Wahrheit und Rechts-Verbreitung den Schwundel nicht zurück. Bei den Patentultramontanen können die Jesuiten noch lernen! Da wir einmal dabei sind, nehmen wir noch gleich von einem anderen Fall christlicher Wahrhaftigkeit Notiz.

Das „Niederrheinische Tageblatt“ hatte die dortige Zeitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes der kopfloßen Artzettelung eines Streiks bezichtigt und Kroscholdsträßen über die armen Arbeiter vergossen, die unter der Tyrannei dieser Führer schmachteten. Die angeblich Betrogenen zwangen das Blatt zur Aufnahme folgender Verichtigung: „Es ist nicht richtig, daß wir durch das kopfloße Beginnen der sozialdemokratischen Verbandsführer in den Streik getrieben wurden, sondern die Firma hat 31 Mann entlassen, unserer Ansicht nach gemahregelt, worauf die übrigen ebenfalls die Arbeit niederlegten. Die Führer des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben nicht zum Streik getrieben, sondern denselben zu verheissen gestiftet. Auch daß es unter uns zu ernsten, teilweise herzerregenden Szenen gekommen sein soll und daß wir uns von unseren Führern betrogen wähnen entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Von den 70 Mann, welche die Arbeit niederlegten, sind 60 bereits anderwärts in Arbeit getreten, und es werden die übrigen 10 von ihren Organisationen hinreichend unterstützt.“

Wenn man allen von christlicher Seite kolportierten Terror- und anderen Geschichten, die sich gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften richten, auf den Grund geht, dann wird man belehrt, daß tatsächlich ungeheuer viel terrorisiert und geschwändelt wird — von Christen.

Berlin und Umgegend.

Die geistigen Waffen der Gegner!

Am 7. Juni fand in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstraße 35, eine überfüllte Versammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands statt, zu der die Angestellten des Warenhauses Pfingst u. Co., Königsstr. 33, besonders eingeladen waren. Die Versammlung nahm durch das Benehmen des Einkäufers Herrn Heinrich und mehrerer Vorsteher des Warenhauses Pfingst u. Co. ein trauriges Ende. Die Vertreter der Firma verließen den Saal mit der Aufforderung an das Personal, ihnen zu folgen!!! Der Leiter der Versammlung verstand es, die Angestellten zu bewegen, der Aufforderung nicht Folge zu leisten. Nun versuchten die Herren durch immerwährende Rufe am Ausgang des Saales, die Versammlung zu stören. Der Leiter der Versammlung ging zu ihnen und ersuchte sie, sich ruhig zu verhalten und den Saal zu verlassen. Die Vertreter der Firma griffen als Antwort zu ihren geistigen Waffen, sie argumentierten mit ihren Stöcken. Es kam noch besser. Zwei Hausdiener der Firma drangen in den Saal und schlugen um sich. Stöße, Stöße und Bierseidel waren die Waffen, mit denen hantiert wurde. Unter den im Saale befindlichen, meistens Damen, entstand eine Panik. Die Bedrohten ergriffen die Flucht durch die Fenster des im Erdgeschoß liegenden Saales. Die Scheiben flirrten, Bierseidel flogen, Stöße und Stöße wurden von den Eindringlingen als Waffen benutzt. Das sind die geistigen Waffen der Vertreter der Kapitalisten im Handelsgewerbe.

In der Vertrauensmännerversammlung der Großen Berliner Straßenbahn, die Freitag vormittag unter Vorsitz des Direktors Meyer in Verwaltungsgedäude, Leipziger Platz, abgehalten wurde, lehnte die Direktion die aufgestellten Gehaltsforderungen ab, weil erst vor einem halben Jahre bedeutende (1) Gehaltsverbesserungen in Kraft getreten seien. Dagegen gestattete sie die Dossnung, daß der Wunsch, die Schafferdienstzeit von 10 1/2 auf 10 Stunden herabzusetzen, Aussicht auf Erfüllung haben könnte. Maßnahmen zur Durchführung dieses Zweckes seien schon in Vorbereitung. Auch zu verschiedenen Wünschen, die bezüglich der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und der Witwen- und Waisenversorgung vorgebracht wurden, erhielt man die tröstliche Versicherung, daß eine Regelung in dem gewünschten Sinne — in Aussicht genommen sei. Aus versicherungstechnischen Gründen könnten sie aber nicht sofort durchgeführt werden. Ferner stellte die Direktion — in Aussicht, das Referendungsverhältnis beim Bahndienst nach und nach so weit als möglich zu beseitigen und so allmählich die Frist bis zur Anstellung des Betriebspersonals von 2 1/2 auf 2 Jahre herabzusetzen. Bei der Besprechung der Wünsche, die sich auf die Gewährung eines Urlaubes bezogen, wurde auch von seiten der Vertrauensleute angegeben, daß hierbei zumeist die nachfolgenden zu berücksichtigen sind, die Direktion versprach sogar, einzelne vorgebrachte Fälle von Härten zu untersuchen. — Wir fürchten, die unzufriedenen Elemente werden trotz der bekundeten großartigen Generosität mit dem Verlauf der Vertrauensmännerversammlung sehr schlecht zufrieden sein.

Lohnvereinbarungen hat gegenwärtig der Metallarbeiter-Verband mit den beiden bedeutendsten Berliner Geldschrankfabriken, den Firmen Krenheim u. Panzer* abgeschlossen. Beide Firmen, in denen zirka 600 Schlosser, Dreher usw. beschäftigt sind, haben sich an der jüngst verunglückten Schlosseraussperrung nicht beteiligt, sondern erklärten sich zu einer Verbesserung der Löhne auf folgender Grundlage bereit: Die Mindestlöhne

sollen betragen für selbständige Schlosser 60 Pf. pro Stunde, für die übrigen Schlosser 50 Pf., für Schleifer und Dreher 60 Pf., für Fräser und Hobler 57 Pf., für selbständige Schmiede 62 Pf., für Stodgesellen 50 Pf., für Maschinenarbeiter 42 Pf. und für Hilfsarbeiter 38 Pf. steigend nach einem halben Jahre auf 40 Pf. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher eine 9-stündige. Ueberstunden werden mit 25 Prozent, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt. Alle Arbeiter, die bereits diesen oder einen höheren Lohn haben, erhalten eine Zulage von 2 1/2 bis 5 Pf. pro Stunde. Akkordüberträge werden der Lohnhöhe und Stundenzahl gemäß prozentual verteilt. Bei Akkordarbeiten soll der jeweilige Stundenlohn als Abschlag gezahlt werden, falls der Akkord nicht in der Lohnwoche beendet wird; auch sollen die Akkordpreise in der Werkstatte sichtbar zum Auslag kommen. Eine vollständig besuchte Versammlung der Arbeiter beider Firmen stimmte obigen Vorschlägen zu. Die Vereinbarung gilt auf zwei Jahre, und es steht zu erwarten, daß sich auch die übrigen Firmen dieser Branche vorstehenden Abmachungen anschließen werden.

Kupferschmiede und Klempner! Der Streik der Kupferschmiede und Treibriemeure bei der Firma Beck u. Friede, Holzsteiner Ufer, dauert ununterbrochen fort. Wegen Verhinderung des Branchenführers ist über die Firma Alex Müller, Paruthstr. 3, ebenfalls die Sperre verhängt. Die Filialverwaltung des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands.

Au die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft.

Seit Anfang dieses Jahres stehen die Friseurgehilfen in einer Lohnbewegung. Die Berufsverhältnisse verweisen uns auf die praktische Hälfte der Arbeiterschaft. Die Arbeitgeber lehnen unsere Forderungen geschlossen ab und belegen unsere Vertreter mit Hohn und Spott. Nicht wir allein werden beschimpft, sondern die gesamte modern organisierte Arbeiterschaft. Viele Arbeitgeber zahlen jeden Lohn, den wir fordern, nur wollen sie die Forderungen nicht unterschreiben, weil sie in der schriftlichen Anerkennung eine Stärkung der Organisation sehen.

Arbeiter! Parteigenossen! Wir appellieren an Euer Solidaritätsgesühl. Beachtet den Vorkampf! Die bewilligten Geschäfte sind leertlich durch ein weißes Plakat mit roter Schrift. Ein jeder beschäftigte Gehülfe muß im Besitze einer eben solchen Kontrollkarte sein.

Auf zum Kampf! Hoch die Solidarität!
Verband der Friseurgehilfen Deutschlands, Zweigverein Berlin und Vororte.

Achtung, Holzarbeiter! Durch Inserate in bürgerlichen Zeitungen werden Tischler nach Jerbst gesucht. Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß in Jerbst die Tischler seit einer Reihe von Wochen im Streik stehen und ersuchen deshalb die Kollegen Jutzug nach dort fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Der Kampf im Buchbindergewerbe.

Freitag nachmittag hatten sich die ausgesperrten und streikenden Buchbinder und Arbeiterinnen im großen Saale des Gewerkschaftshauses versammelt. Nach dem Bericht, den der Vertrauensmann Bruck gab, beträgt in Berlin die Zahl der Aussperrten und Streikenden jetzt 955, unter ihnen 473 Arbeiterinnen. Anfangs waren es 1045 Ausständige; ihre Zahl verringerte sich dadurch, daß ein Teil abgereist ist, ein anderer Teil in anderen Werkstätten Arbeit gefunden hat. Die Arbeitgeber suchen mit allen möglichen Mitteln Arbeitswillige heranzuziehen. Der Kommissionsrat Freytag hat sich jetzt auch nach dem Auslande gewandt, und, wie dem Deutschen Buchbinderverbande aus Prag depechiert wurde, auch bereits 11 Wöhnen angeworben. Sie sind schon eingetroffen, werden aber wahrscheinlich dem Gesühl genug besitzen, sofort wieder abzureisen. Uebrigens sind die Arbeitswilligen, die in den Betrieben tätig sind, größtenteils recht schwache Arbeitskräfte und Lehrlinge, so daß die Unternehmer froh sein werden, wenn sie einmal ihre alten Leute wieder erhalten.

Die Polizei bemüht sich wieder außerordentlich. Es ist schon gestern im „Vorwärts“ auf die Eistörungen in der Handelsstraße Vellealliance hingewiesen worden. Wie ein Diskussionsredner, der dort Streikposten stand, berichtet, wurde ihm der Zutritt zu diesem öffentlichen Durchgang nur gestattet, nachdem er erklärt hatte, er wolle nur das Restaurant besuchen; als er jedoch später zum zweitenmal in dasselbe Restaurant gehen wollte, verweigerte ihm der Schutzmann den Zutritt. Der Restaurateur hat sich über die Beeinträchtigung seines Geschäfts beschwert, aber die Verwaltung des Gebäudes soll darauf erwidern haben, wenn er damit nicht einverstanden sei, brauche er keine Miete zu zahlen. In der Lützowstraße, wo sich die Buchbinder von Pled befinden, kistete sich ein Arbeitswilliger durch das bloße Auf- und Abgehen eines Streikenden belästigt und verlangte dessen Sistierung. Der Schutzmann ging richtig darauf ein und als der Streikende einwandte, daß Streikposten stehen sei doch erlaubt, erklärte jener, das stehe in keinem Gesetz und er sei vollkommen im Recht, wenn er ihn sistiere.

Viel zurückhaltender als hier in Berlin soll sich die Polizei bei dem Auslande in Leipzig benehmen. Dort werden, wie ein Redner mitteilte, die ruhig ihres Amtes waltenden Streikposten nicht belästigt, und bei vielen Betrieben sieht man dort überhaupt keine Polizei.

Im übrigen ging sowohl aus dem Referat wie der Diskussion hervor, daß die Ausständigen keineswegs daran denken, den Kampf etwa aufzugeben. Sie sind einmütig entschlossen, ihn solange fortzusetzen, bis ein annehmbares Ueberereinkommen erzielt ist. Die Unterfägung ist mit der laufenden Woche für alle Ausständigen um 1 M. erhöht worden. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Tarifforderungen auf Beschluß des Verbandsvorstandes nun allen Prinzipalen, auch denen, wo weiter gearbeitet wird, zugestellt worden sind. Antwort wird bis zum 16. Juni gewünscht. Die Gültigkeit des alten Tarifes bis zum 1. September wird von der Vorlegung der neuen Forderungen in keiner Weise berührt.

Deutsches Reich.

Sattler, geht nicht nach Bularest!

In der „Sattler-Zeitung“ werden für die Militärreflektensfabrik von Filaret in Bularest 15 Sattler gesucht unter Zusicherung eines Lohnes von 6 M. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Sattler der genannten Firma seit sechs Wochen im Streik verharren, weil sie bei den dort üblichen Akkordätzen nicht einmal 3 M. pro Tag herauszuschlagen können. Gegenüber den Versuchen, für das Ausland Streikbrecher zu werben, darf man wohl fordern: Kollegen, bleibt im Lande und nährt euch redlich!

Der Dortmunder Straßbahnerstreik geht weiter, die Stadtverwaltung beharrt auf ihrem Herrenstandpunkt und lehnt jegliche Verständigung ab. Andererseits halten die Streitenden treu zusammen, von 240 sind nur sechs abtrünnig geworden. Die Stadtverwaltung macht die größten Anstrengungen, um Ersatz für die „entlassenen“ Streikenden zu bekommen. Einstweilen fahren aber noch immer Schulpunkte, Steuerbeamte und sonstige Beamte aus städtischen Bureau. In der Bürgerschaft herrscht helle Empörung über das unerhörte Verhalten der städtischen Verwaltung, welche noch gesteigert ist durch folgendes Vorkommnis. Nachdem von unserer Seite schon eine Protestversammlung stattgefunden hatte, berieten auch die Kirch- und Arbeitervereine eine solche ein, die im Saale des Gewerbevereins tagen sollte. Der Wirt hatte keine Zustimmung gegeben und alle Vorbereitungen waren getroffen. Da erschien im letzten Augenblick der Vorsitzende des Gewerbevereins und verbot die Hergabe des Saales zu dieser Versammlung. Polizei war an den Eingängen des Saales aufgepflanzt, welche die Versammlungsbesucher zurückwies. Kleine Handzettel, in welchen die Einberufer der Versammlung mitteilten, daß die Versammlung wegen

der Saalabtreiberei nicht tagen könne, wurden von der Polizei beschlagnahmt und die Verteiler protokolliert. Die Sache gewinnt dadurch an Interesse, daß der Saalabtreibende Vorsitzende des Gewerbevereins, der national-liberale Stadtverordnete Meyer, ein Gefinnungsfreund des Oberbürgermeisters Schmieding ist. Für Donnerstagsabend hatten die freien Gewerkschaftler drei weitere Protestversammlungen einberufen, um Stellung gegen das unerhörte Verhalten der Stadtverwaltung zu nehmen. Hier handelte es sich aber um Lokale, die nicht abgetrieben werden konnten. Alle Versammlungen nahmen einen imposanten Verlauf. Samstag wurde mit der sozialpolitisch rückständigen Stadtverwaltung abgerechnet und die Forderungen der Straßbahner als berechtigt und äußerst bescheiden bezeichnet. Angeregt wurde, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Eine scharfe Protestresolution fand Annahme.

Achtung, Müller und Mülsteinarbeiter! In Birna (Sachsen) haben die Arbeiter der sächsischen Mülsteinindustrie (G. m. b. H.) Forderungen um Aufbesserung ihrer mehr wie erbärmlichen Löhne eingereicht. Verhandlungen wurden seitens der Firma strikte abgelehnt und sämtliche Leute entlassen. Öffentlich finden sich weber Müller und Mülsteinarbeiter, die ihren kämpfenden Brüdern in den Rücken fallen. Der Gewerkschaftsrat: J. A. Ostwald.

Streik der Textilarbeiter in Sommerfeld. In einer Donnerstagabend von den Mitgliedern des Deutschen Textilarbeiterverbandes abgehaltenen Versammlung, die von etwa 1000 Arbeitern und Arbeiterinnen besucht war, wurde nach längerer Ausföhrungen der Berichterstatter der Auslande der Textilarbeiter für Sommerfeld beschloßen.

Aus der Frauenbewegung.

Im präden Amerika ist es mehr als anderwärts in der Welt gefährlich, über Sexualfragen in reden oder zu schreiben; es gilt dort beinahe als ein Verbrechen, zu jeder Beziehung Aufklärung verbreiten zu wollen. Die „Lasterunterdrückungsgesellschaften“ haben ihre Spione überall und versehen es, demjenigen einen Strich zu ziehen, der über das natürlichste Ding, die Entstehung eines Menschen, öffentlich durch Wort oder Schrift seinen Mitmenschen Belehrung erteilen wollte. Und diese Belehrung ist oft sehr, sehr notwendig, besonders bei jungen Leuten beiderlei Geschlechts, die nicht selten durch Unkenntnis in großes Unglück geraten. Vor einiger Zeit wurde erst berichtet, daß ein 74-jähriger, hochangesehener und von edlen Motiven geleiteter Mann, Moses Harman, auf ein Jahr ins Gefängnis wandern mußte, weil er als Redakteur einer Wochenschrift Artikel „unzüchtigen“ Inhalts verbreitet habe. Diese Artikel waren von Frauen geschrieben, ernst und wissenschaftlich behandelt, in reiner schöner Sprache und gerade zu dem Zwecke, der Unsitlichkeit entgegenzuwirken, die Leser moralisch zu erheben. Eine Abhandlung über „geschlechtlichen Radikalismus“ war von der Gattin eines in den Weststaaten bekannten Parteigenossen, von Frau Dora Foster Kerr, verfaßt worden. Vor den Chicagoer Richtern galt er als sehr unflüchtig. — Frau Dr. Alice Stockham von Chicago, eine bekante Frau, erfahrene Vorkämpferin und von makellosem Ruf, widmete sich besonders der Belehrung junger Frauen, die ihrer Mutterhaft entgegenzutraten. Seit Jahren wirkte sie auf diesem Gebiete mit großer Wissenschaftigkeit und erklärte es als dringend notwendig, daß die jungen Mädchen wie die jungen Frauen über den Bau und die Funktionen des weiblichen Körpers Aufklärung erhielten. Sie war schriftstellerisch tätig und behandelte ihr Thema stets in streng wissenschaftlicher Weise, aber was sie zur Aufklärung verbreitete, galt vor Gericht als unflüchtige Literatur und die wohlmeinende alte Frau wurde wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften zu hoher Geldstrafe verurteilt, die sich mit den Kosten auf etwa tausend Dollar belief. Eine Diebin oder Mörderin kann auf einen Freispruch rechnen — wie man es vor amerikanischen Gerichten schon öfter erlebt hat — aber eine Frau, die in einem wahren Eitlichkeitsbestreben Wahrheit, Wissen und Licht über geschlechtliche Dinge verbreiten half, mußte verurteilt werden. — Bei solchen Anschauungen erfordert es von seiten einer Frau doppelt hohen Mut und verdient um so größere Anerkennung, wenn sie es wagt, dem herrschenden und oft so brutalen Vorurteil entgegenzutreten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stadtverordnetenwahl in Rügenid.

Rügenid, 8. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen wurden unsere beiden Kandidaten Bier und Lauer mit 790 abgegebenen Stimmen gewählt. Die Gegner hatten in der Voraussicht eines glänzenden Reinfalles keine Kandidaten aufgestellt.

Schiffsuntergang.

Brundbützel, 8. Juni. (B. Z. G.) Der Fischdampfer „Diana“ kollidierte in der Abmündung mit dem Gassehoner „Vorwärts“. Der Dampfer sank in die Tiefe. Kapitän und ein Mann wurden gerettet, acht Mann, mit Schwimmschwänen versehen, trieben mit der Strömung in die Nordsee. Sie sind bis jetzt verschollen.

Die Wahlrechtsreform in Oesterreich.

Wien, 8. Juni. (B. Z. V.) In der heutigen Sitzung des Wahlrechtsausschusses erklärte Ministerpräsident Freiherr von Beck, es könne der Regierung nicht zugemutet werden, die vorliegenden Vorlagen abzuändern oder mit neuen Vorschlägen hervorzutreten, weil das einer Verzögerung gleichkomme. Der Ausschuss sollte sofort in die beschlossene Spezialdebatte eintreten. Die Regierung werde Abänderungsvorschläge nicht hindernd entgegenstellen, wenn diese geeignet erschienen, eine Verständigung zwischen den Parteien zu ermöglichen. Die Regierung werde alles tun, um das Reformwerk mit Entschiedenheit einem gedeihlichen Ende zuzuföhren. Nach längerer Debatte beschloß der Ausschuss, zunächst die Wahlrechtsenteilung nach einzelnen Kronländern in Beratung zu ziehen und mit dem Kronlande Wöhmen zu beginnen. Die nächste Sitzung ist auf Dienstag anberaumt.

Vom internationalen Bergarbeiterkongress.

London, 8. Juni. (B. Z. V.) Der internationale Bergarbeiterkongress nahm im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung eine von dem deutschen Delegierten Hoffeld eingebrachte Resolution an, welche die weitere Ausgestaltung der Arbeiterversicherung dahin forderte, daß für alle erwerbsunfähig gewordenen Arbeiter ein zweifaches andreichendes Auskommen gesichert wird, und welche für die Erben gestorbenen Arbeiter eine andreichende gesetzliche Zuwendung verlangt. Eine andere Resolution verlangt die Verstaatlichung der Bergwerke mit dem Hinweis, daß dieselben nicht dem Privatkapital, sondern der Gesamtheit nützen müßten. Bei dieser Resolution behielten sich die christlichen Vereinigungen der Deutschen und der amerikanischen Bergarbeiter neutral. Auf Antrag der deutschen Abordnung erhielten die Sekretäre des Kongresses den Auftrag, den verschiedenen Parlamenten die Resolution des Kongresses mit der Bitte um Erwägung der Wünsche der Bergarbeiter zu unterbreiten. Als Ort des nächstjährigen Kongresses wurde Salzburg gewählt.

London, 8. Juni. (B. Z. V.) Der internationale Bergarbeiterkongress nahm einstimmig eine Resolution an, die sich für internationale Regelung der Kohlenproduktion ausspricht. Die Frage internationaler Ausstände war nicht zur Abstimmung gestellt worden. Der Kongress wurde dann geschlossen.

Ein Internationaler Arbeiterkongress.

London, 8. Juni. (Sig. Ver.) Im Westminster Palace Hotel wurde gestern der 17. Internationale Bergarbeiterkongress eröffnet. Es sind vertreten 480 000 britische organisierte Bergleute durch 84 Delegierte, wovon 14 Parlamentarier sind; die Gesamtzahl der Bergleute im Vereinigten Königreich beläuft sich auf 708 200. Frankreich hat ungefähr 200 000 Bergleute, wovon 150 000 organisierte, die 4 Delegierte sandten, darunter zwei Parlamentarier. Belgien hat 135 000 Bergleute, wovon 65 000 organisierte, die durch 9 Delegierte vertreten sind, darunter zwei Parlamentarier. Österreich hat 135 000 Bergleute, wovon 40 000 organisierte, die durch 2 Delegierte vertreten sind, darunter das Reichratsmitglied Engler. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben 550 000 Bergleute, davon 365 000 organisierte, die 2 Delegierte sandten.

Wir geben die Delegation Deutschlands zuletzt, da sie einige Worte der Erklärung bedarf. Der Verband sandte 12 Delegierte, darunter Sasse und Hue; die Christlichen sandten 8. Letztere trafen verspätet ein und der englische Bergarbeiterdelegierte Ashton beantragte die Nichtanerkennung. Die Vertreter des Verbandes beschloßen indes, auf keine Formalitäten zu bestehen und die Anerkennung der christlichen Mandate zu beantragen. Hue erstattete darüber dem Kongress Bericht und erklärte: Der Verband ersucht, die Christlichen die einmal anzuerkennen, aber er behalte sich vor, das nächstmal anders zu stimmen, wenn die Christlichen inzwischen den Beschlüssen der Internationalen Bergarbeiterkongresse zuwiderhandeln. Der Verband verlange von den Christlichen nicht weiter als was eine Arbeiterorganisation der anderen schuldig sei: Loyalität, Einheitslichkeit und Ausführung angenommener Beschlüsse. Der Kongress nahm Hues kurze Worte mit Beifall an.

Zum Vorsitzenden wurde der Bergarbeiterführer Cnoch Edwards bestimmt. Er ist gleichzeitig Parlamentsmitglied. In seiner Eröffnungsrede sagte er: Die Beteiligung an diesem Kongress sei der Lohn für die Anstrengungen früherer Jahre, die Arbeiter aller Länder zusammenzubringen. Das Gewerkschaftswesen sei überall im Fortschreiten begriffen. Es gewinne an Einfluss. Es verbesserte die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und befähigte sie, an den Beratungen der Parlamente teilzunehmen. Die Arbeiter seien überall kriegs- und rüstungsfeindlich und wollen den Weltfrieden, den Segen ruhiger internationaler Entwicklung. Er schloß seine Rede mit der Erwähnung der Grubenkatastrophe in Courrières und sprach in bewegten Worten den französischen Kollegen die Sympathie des Kongresses aus, worauf sich die Delegierten von ihren Sigen erhoben.

Lamendin antwortete kurz im Namen der Franzosen, Marville in dem der Belgier, White für die Amerikaner; für die Deutschen sprach

Genosse Sasse, der den Engländern zu ihren großartigen parlamentarischen Wahlerfolgen gratulierte. Diese Erfolge würden dazu beitragen, den Tarif-Entscheidungen zu befähigen (Beifall) und den Achtstundentag zu erringen. (Beifall.) Er sei gestern in den Londoner Parks gewesen und die unbeschränkte Versammlungs- und Redefreiheit der britischen Bürger außerordentlich bewundert. Dagegen sei es traurig, dem Kongresse erzählen zu müssen, wie der preussische Landtag den Arbeitern die Rechte vorzuziehen oder zu verkürzen trachtet und den Bergleuten das Recht, ihre Klassen zu vertreten, nimmt. (Schande!)

Engler meinte, ein Deisterreicher kann nicht unheim international zu sein; unter den Bergleuten gebe es sieben Nationalitäten. Die Organisationsarbeit sei schwierig, aber sie schreite vorwärts.

Am Dienstagnachmittag beriet der Kongress über die von England, Deutschland und Österreich eingebrachten Resolutionen, betreffend Verhütung von ähnlichen Katastrophen wie die von Courrières. Die Resolutionen verlangten die Einführung von Mineninspektoren, die von den Arbeitern aus ihren eigenen Reihen gewählt und die vom Staate bezahlt werden; diese Inspektoren sollen das Recht haben, zu jeder Zeit die Minen zu inspizieren und sollen mit genügenden Vollmachten ausgerüstet sein, die Ausführung ihrer Empfehlungen zu erzwingen. Für die Deutschen sprach Bartels, der gleichzeitig den deutschen Rettungszug nach Courrières erwähnte und warnte vor falschen Auffassungen in bezug der deutschen Vorschriften; irgend eine entscheidende Abnahme in den Bergarbeiterunfällen sei in Deutschland nicht bemerkbar. Der französische Delegierte Lamendin erklärte, Frankreich habe zwar Arbeiter als Minen-Inspektoren, aber sie dürfen nur 10 Tage im Monat die Minen inspizieren. Die Arbeiter verlangten die Erhöhung der Inspektionstage auf 20. Die Minenbesitzer seien indes eher bereit, die Löhne zu verdoppeln als die Verdoppelung der Inspektionstage zuzulassen. Der amerikanische Delegierte White sagte, in Amerika haben die Arbeiter das Recht, aus ihrer Mitte Inspektoren zu wählen, aber es fehle an den zu solchen technischen Aufgaben qualifizierten Arbeitern. Er beantrage deshalb, die Gewerkschaften sollten derartige Kurse einrichten. Die Resolutionen wurden angenommen.

In der Sitzung am Donnerstag wurde die Frage des Minimallohnes beraten. Die französischen Delegierten erklärten sich einverstanden mit der Streikung der Worte: „Auf dem Wege der Legislation“ (in bezug auf Einführung des Minimallohnes). Der Kongress nahm den Beschluß an, der von französischen und deutschen Delegierten eingebracht worden war. Die englischen Delegierten erklärten, daß der Minimallohn die englischen Grubenarbeiter davor bewahrt hätte, 150 Millionen Pfund Sterling während der Streikstage zu verlieren.

17. Evangelisch-sozialer Kongress.

Jena, den 7. Juni.

Die heutige Schlußsitzung des Evangelisch-sozialen Kongresses ist noch stärker besucht als die gestrige. Die Frauen bilden heute die Mehrzahl der Kongreßteilnehmer und Tribünenbesucher.

Zunächst erörtert der Generalsekretär des Evangelisch-sozialen Kongresses, Pfarrer Lie. Schumacher-Nummelsburg b. Berlin (Waisenhaus) den Bericht über das abgelaufene ruhige und glückliche Geschäftsjahr. Die Mitgliedszahl ist über jeden früheren Stand gestiegen, die Kasse gefüllt. Nächstes Ziel der Verbandsarbeit muß der Ausbau der Zeitschrift „Evangelisch-sozial“ sein.

Pfarrer Naumann ergänzte diesen Bericht für die sächsische Landesgruppe. Diese hat zunächst an die Regierung zwei Petitionen gerichtet, eine gegen den Gotteslästerungsparagraphen, eine zweite gegen das Verbot sozialdemokratischer Versammlungen, die sich mit der Religion beschäftigen. Die Hauptarbeit der Landesgruppe aber hatte zum Ziel, eine geistige Verklärung mit den zielbewußten, klaffenbewußten, aufklärten Arbeitern zu suchen. Wenn man die Arbeiter in ihren sozialdemokratischen Versammlungen und Versammlungsschulen auffucht, so kann man Vorurteile gegen die Kirche und die Religion zerstören bei denen, die sonst keine Evangelisation mehr erreicht. Das ist in Sachsen tatsächlich erzielt. Darum noch mehr Pastoren hinein in die Volkswassen, damit immer gesagt wird: Ja, mit Euch läßt sich leben! Wir sind stolz darauf, daß das Evangelium die Kraft hat, auch denen noch etwas zu sein, die es jetzt verschmähen. (Lebhafte Beifall.)

Es folgen wieder Begrüßungsworte von D. Dögel für die Akademie der gemeinnützigen Wissenschaften zu Erfurt, von Fräulein v. Fabed-Hannover für den deutsch-evangelischen Frauenbund, von Fräulein Dr. phil. Helene Stöcker als Vertreterin der kirchlichen Abteilung des Bundes für Frauenstudium, von Professor Weber-Heidelberg (Vorstand des Bundes der Bodenreformer) und Pfarrer Gonsor-Berlin (Verrein gegen den Mißbrauch

geistiger Getränke), die bitten, ihre Spezialgebiete in ihrer Beziehung zur allgemeinen sozialen Frage auf einem der nächsten Kongresse zu behandeln. (Zustimmung.)

Stürmische Beifallskundgebungen ruft das Begrüßungsprogramm des Staatssekretärs Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner hervor, der zur Förderung der sozialen Wohlfahrt der Konferenz die besten Wünsche für einen gedeihlichen Verlauf sendet. Beifällig wird auch das Begrüßungsprogramm des gleichzeitig in Freiburg i. B. tagenden Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine (gez. Lic. Weber) aufgenommen.

Hierauf erhält zu ihrem Vortrage: „Die sozialen Forderungen der Frauenbewegung im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage der Frau“

Fräulein Dr. Gertrud Bäumer das Wort.

Ihre Thesen lauten: 1. Die modernen wirtschaftlichen Verhältnisse haben die in der Hauswirtschaft begründete Einheitslichkeit des Frauenlebens zerstört. Der Kreis, den die deutsche Frauenarbeit ausfüllt, liegt heute nur noch etwa zu zwei Dritteln im Hause, zu einem Drittel in der volkswirtschaftlichen Güterproduktion.

2. Die Tatsache, daß viele Frauen die Doppellast einer vollen Berufsarbeit und der hauswirtschaftlichen und Familienpflichten zu tragen haben, daß andere durch die Ehe aus einer nur kurze Zeit ausgeübten Berufsarbeit in die Hauswirtschaft übergehen, um schließlich als Witwen doch vielfach wieder erwerbsbedürftig zu werden — diese Tatsache umschließt eine Reihe sozialer Probleme, für die bis heute eine befriedigende Lösung noch nicht gefunden ist.

3. Die Einheitslichkeit des Lebenskreises der Frau durch Einschränkung auf die Hauswirtschaft wiederherzustellen, ist unmöglich. Andererseits sind aber auch im Interesse der Frauen selbst und des Volksganges die Theorien abzulehnen, nach denen die Familie aufgelöst werden soll, um die außerhäusliche Berufsarbeit der Frau zu ermöglichen.

4. Es ist vielmehr daran festzuhalten, daß einerseits die Familie eine Reihe von Aufgaben für die Frau umschließt, auf deren Erfüllung unter keinen Umständen verzichtet werden darf, daß andererseits die Beteiligung der Frau am Erwerbsleben aber nicht nur volkswirtschaftlich notwendig, sondern auch im Sinne einer verfeinerten sozialen Arbeitsteilung kulturell wertvoll ist.

5. Es ist die Aufgabe der Frauenbewegung, den spezifischen Anteil der Frau an der Gesamtkultur durch diese wirtschaftliche Arbeit hindurch zu erhalten und zu steigern. Von diesem Gesichtspunkt aus erwächst ihr die Pflicht, die Frau dem häuslichen Leben zu erhalten, soweit sie dort noch wertvolle Aufgaben findet, zugleich aber die Bedingungen für eine freie und gesunde Entwicklung der weiblichen Erwerbstätigkeit zu schaffen.

6. Die praktischen sozialen Forderungen, die sich aus dieser Stellung zur wirtschaftlichen Frauenfrage ergeben, sind, soweit sie sich auf die Erhaltung des häuslichen Wirkungskreises beziehen, folgende:

- a) erweiterter Arbeiterschutzes;
b) verstärkter Wöchnerinnenschutz durch die Arbeiterversicherung;
c) Einführung hauswirtschaftlicher Belehrung in Volks- und Fortbildungsschulen;
d) rechtliche Anerkennung der hauswirtschaftlichen Arbeit der Frau als einer wirtschaftlich wertvollen Leistung.

7. Um die Entwicklung der weiblichen Berufsarbeit zu fördern und gegen die aus der Doppelseitigkeit des Frauenlebens hervorkehenden Hemmnisse zu schützen, sind folgende Forderungen zu stellen:

- a) unbeschränkte Zulassung der Frauen zu allen Berufen, in denen sie ihren Kräften angemessene und für die Gesamtheit wertvolle Leistungen erfüllen können;
b) vermehrte Fürsorge für vollwertige Ausbildungsanstalten;
c) die Einführung der obligatorischen beruflichen Fortbildungsschule für Mädchen;
d) die Förderung beruflicher Organisation unter den Frauen;
e) die Teilnahme der berufstätigen Frauen an allen mit der Berufszugehörigkeit verbundenen Rechten (Wahlrecht für Gewergerichte, Kaufmannsgerichte usw.).

8. Die Anpassung an ihre veränderte wirtschaftliche Lage muß der Frau aber auch durch eine Umgestaltung ihrer allgemeinen Rechtsstellung erleichtert werden. Die Ungleichheit und Hilflosigkeit der Frau als Berufsdarstellerin beruht zum großen Teil in der fundamentalen Verschiedenheit der Anforderungen, die an die ausschließlich auf die Familie eingeschränkte Hausfrau einerseits, an die dem öffentlichen Leben unmittelbar angehörende Berufsdarstellerin andererseits gestellt werden. Die beiden Sphären, in denen heute die Lebensaufgaben der Frau liegen, müssen einander dadurch genähert werden, daß alle Frauen in steigendem Maße zu sozialen Pflichten herangezogen und mit bürgerlichen Rechten ausgestattet werden.

Zur Begründung führt Fräulein Dr. Bäumer aus: Ein moderner Frauenroman schließt: „Wir stehen alle wie zwischen zwei Zeiten; von der alten macht man uns los und in der neuen haben wir noch keine Wurzeln. Wir sind alle miteinander nichts als eine Ausfaat.“ Dieses Frauenbekenntnis ist die Weisheit eines echten Kindes unserer Zeit. Die Frauenbewegung hatte schon ein Stück geistiger Bewegung hinter sich, als die wirtschaftlichen Fragen sie auf die Erde herabzogen. Die Emanzipation trat auf als Forderung der Berufstätigen und nicht zur Lösung eines wirtschaftlichen Problems. Aber schon damals mußte sich Mary Woudstonecraft von Burke sagen lassen, daß das Leben sich nach den menschlichen Eigenschaften zu richten habe und nicht nach der menschlichen Vernunft, die von ihnen doch nur ein sehr kleiner Teil sei. (Große Heiterkeit.) Die ersten Kämpferinnen für Frauenbefreiung waren die Anversorgten des gebildeten Mittelstandes, die es gelüftete nach der Männerbildung und Männerrechte. Sie, die nach einem anderen Worte Schopenhauers merken, daß ihr Leben leer und freudlos ließe, wenn es ihnen nicht gelänge, sich zur Zeit der Blüte der Phantasie eines Mannes so zu bemächtigen, daß er die Sorge für ihre ganze Existenz übernimmt.“ (Große Heiterkeit.) Es entstand der Ruf: Gebt und die Arena für den Kampf frei! Nur den Töchtern aus guter Familie, die sich verdienen mußten, wollte man die Worturteile aus dem Weg räumen. Ein enges engherziges Programm, aber die große Masse der Frauen war noch ein Land, von dem es keine Karte gab.

Die Frauenbewegung wechselte ihr Programm, als zuerst das Licht der sozialwissenschaftlichen Forschung die breiten dunklen Niederungen beleuchtete. Jetzt hatte man vom Lande der Frauenarbeit eine Karte, zweifelhafte, zu 1/2 hauswirtschaftlich, zu 1/2 erwerbswirtschaftlich. Die Frauen aber sind Romaden, wandern hin und her zwischen beiden Provinzen, und viele werden täglich hin und her gejagt. Grenzgebiete der beiden Provinzen sind die Frauenarbeiten in der Landwirtschaft, als Dienstmöde und im Kleinraum, wo die Tür der Wohnstube und Küche gleich hinter dem Ladentisch ist. Aber der moderne Frauenberuf, die Fabrikarbeit, ist völlig irdenlos, außerhalb all dessen, was im Leben Wert und Inhalt hat. Die fruchtbarsten städtischen Beziehungen, die das Gewerkschaftswesen über die neue Arbeitsform aufbaut hat, bleiben der Frau ver sagt. Und nach der Fabrikarbeit der Unberheimlichen standen sie auch den Aufgaben des häuslichen Lebens hilflos gegenüber. Unbefriedigende Verufe ohne Aussicht und Karriere sollen nur wenige Jahre bis zur Ehe einen Aufbruch beschaffen. Ganz richtig ist das Verhältnis in einem Couplet wiedergegeben:

„Das ist des Schicksals Hobn:
Der keinen Mann bekommen kann,
Der geht zum Telephon.“ (Große Heiterkeit.)

Zwei radikale Strömungen haben die Einheitslichkeit des Frauenlebens wieder herzustellen gesucht. Die Frau soll nur im Hause für die erhöhten Kulturbedürfnisse sorgen. Das ganze wohl, aber es geht nicht. (Heiterkeit.) Die Durchschnittsfrau wird übrigens, wenn sie nur bestimmt wird, Kultur ausstrahlen, eine höchst unerfreuliche Erscheinung werden. (Heiterkeit.)

Also der andere radikale Weg. Die Frau, entlastet vom häuslichen Leben, soll im Beruf neuen geistigen und sittlichen Grund unter die Füße bekommen. So wird auch freisinnig „junge-Weibernot“ überwunden werden. Ein Programm von glänzender Geschlossenheit! Aber nicht, wie Frau Lily Braun sagt, die Arbeit ist die große Emanzipation der Frau, sondern nur die Arbeit, in der die Frau überlegen ist, eigenen Wert zeigen kann. Im Maß der Kraft wird die Frau immer zurückgehen.

Also werden wir auch so die alte Einheitslichkeit nicht wieder herstellen. Wir können nur das Nebeneinander erleichtern. Das ist der letzte Programmwechsel, den die Frauenbewegung auf Grund der sozialwissenschaftlichen Erkenntnis vorgenommen hat. Unsere einzelnen Theesenforderungen — mein Programm ist das der organisierten Frauen Deutschlands — wollen nicht mehr sein als Grenzregulierungen, die wohl auch ein wenig anders vorgenommen werden könnten. Vor allem aber danken wir dem Evangelisch-sozialen Kongress für das Interesse, das er der Not und dem Aufstieg der Frau gewährt. Wir danken ihm doppelt, denn wir fühlen uns ihm im innersten Wesen verbunden. (Stürmischer, ausdauernder Beifall.)

Korreferent Pfarrer D. Friedrich Raumann: Seit jetzt 1805 Frau Gnaud-Kühne unser prinzipielles Ja zur Frauenbewegung verlangte, ist der Schritt der Frauen fester und ihre Kopfhaltung gerader geworden. Soweit es überhaupt etwas taugt, hat sich das jüngere Frauengeschlecht, unsere eigenen Töchter und Frauen, der Frauenbewegung zugewandt. Jede Familie kann sich jetzt ihre Frauenfrage am Leislich leisten. Und auch die Arbeiterinnenbataillone, die abends aus den Fabriken strömen, drängen uns die Frauenfrage auf. Wenn nun der Mann für sie den Katechismus schreiben wollte, so würde es wohl ein sonderbares und altmodisches Ding werden. Man kann von dem Manne einmal nicht den weiblichen Sinn für die Frauenbewegung erwarten. Zwar die Furcht vor der Konkurrenz der Frau ist in der gegenwärtigen Wirtschaftsperiode eine jämmerliche Rücksichtigkeit, mit der man einfach fertig sein muß. (Lebhafte Beifall.) Aber wenn wir die kommende Entwidlung abwägen, sehen wir das Verlustkonto klarer und mit benannten Zahlen. Das Haus hat ausgedöhrt, Erziehungsgemeinschaft zu sein, wenigstens praktischer Erziehung. Jetzt ist die Erziehung in der Familie nur noch ein Jonglieren an den Leitern der Sprachkunst. (Heiterkeit.) Es sind Turnstunden ohne Turnapparate, Freiübungen des Geistes, aber keine Realexercize mehr durch den Vater und menschliche Wirklichkeit. Aber das erleben wir auch nicht, wenn wir die Frau rein dekorativ erhalten. Es ist ja wahr, daß jede Wohnung entzündend werden kann, wenn der nötige reizende Engel hineinkommt und sie schmückt. (Große Heiterkeit.) Aber das ist wohl mehr ein Ideal der Männer als der Frauen. (Große Heiterkeit.) Und so ist denn jene alte Rivalität zwischen Mann und Frau im Hause aus dem Hause herausgetreten. Aber da sind wir Männer in bezug auf die „spezifische Leistung der Frau“ feingläubig geworden. Als Meisterin und Bäuerin hatte die Frau ein ganz gehöriges Quantum eigenen sozialen Einflusses. Wehen Sie Volk für Volk durch, Sie können vom Vieh überall den Rückschlag auf die Frau machen. (Stürmische Heiterkeit.) Aber im Industrialismus ist der ausbleibende Faktor selbst in der Mode noch der männliche. Die Siegesgeschichte des Warenhauses ist zugleich eine Siegesgeschichte der arbeitenden Frau. Der Mann ist eben Vater im Nebenberuf. (Stürmische Heiterkeit.) Die Frau Mutter im Hauptberuf. Die Frau fährt im Eisenbahnzuge der Berufstätigkeit, aber sie fragt jeden Augenblick den Schaffner, ob nicht bald die Station da ist, um aufzustehen.“ (Heiterkeit.) Ich weiß sehr richtig — Fräulein Dr. Bäumer. (Stürmische Heiterkeit.)

Unter den Frauenberufen sehen wir zunächst die „Kinderlosen“, die im öffentlichen Dienste. Das Pölibat der Telephonistin und Lehrerin ist das Pölibat der modernen Industrie. Und wie das Pölibat der katholischen Priester, so schaltet das der Lehrerin die Besten, alle, die besondere große Fähigkeiten an den Tag gelegt haben, aus der menschlichen Fortpflanzung aus. Wie viel unterdrückte Kindersehnsucht bedeutet diese Zahl: 25 000 Lehrerrinnen. Diese kinderlosen Berufe dürfen wir keinesfalls vermehren. Darum dürfen wir die Heimarbeit auch nicht abschaffen, sondern nur reorganisieren, zunächst durch die Eintragungspflicht. Für die Frauen, die entweder im Hauptberuf Mütter oder im Hauptberuf Arbeiterinnen sind, stimme ich den Vorschlägen Fräulein Dr. Bäumer in allgemeinen zu. Dann müssen wir abwarten, was aus der differenzierten Arbeit der Frau an kulturwirtschaftlichem Ertrage herauskommt. Namentlich auf dem Gebiete der Technik sind noch viele Stellen, denen bisher nur die Frau fehlte, die sagte: Auch dies ist mein Gebiet! (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion tritt Fräulein Anna Papprik-Berlin für verstärkten Mütterchafsch und Säuglingschutz ein. Wenn die Männer mit Pfarrer Raumann auf die Weltzustellungen gingen und auf all die Gegenstände hinwiesen: Mannesarbeit! Mannesarbeit! so mögen die Frauen auf die Männer hinweisen: Frauenarbeit! Frauenarbeit! (Stürmische Heiterkeit.) Bewahrung und Erziehung — das ist die spezifische Kulturarbeit auch der unberühmten Frau. (Beifall.)

Arbeitersekretär Grefelns-Düsseldorf scheidet nicht den mindesten Grund, Raumanns Pessimismus mitzumachen. Prof. A. Wagner-Berlin stimmt im ganzen diesmal den Ausführungen seines verehrten Freundes und Begners Raumann zu. Die Väter müßten erzogen werden, mehr für die vollwertige Ausbildung der Töchter zu tun. Auf der anderen Seite sei zu verlangen, daß ganz entsprechend den Männern die Frauen zur Unversität voll oder als Hospitantien zugelassen werden. Wisser hätte die Zulassung der Frauen nur günstige Folgen gehabt. Wenn er ihm so sehr unympathische Leute aus dem fernen Osten als Schüler aufnehmen müßte, so müßte man auch diejenigen Professoren, die sich jetzt noch sträuben, zur Zulassung der Frauen zwingen. Er habe einem Maler, der über die Malweiber die Nase rümpfte, recht grob geantwortet: Sind Sie denn ein Raphael? (Große Heiterkeit.) Die Durchschnittsleistung der Frau siehe ceteris paribus der der Männer durchaus nicht nach. (Lebhafte Beifall.)

Fräulein Lily Stöcker-Berlin spricht für die Frauen, die auch um der Mütterchafsch willen prinzipiell den ihnen heiligen Beruf nicht aufgeben konnten. Auch für sie müßte die Gesellschaft Raum haben. (Beifall.) Frau Ruth Bré (Bund für Mütterchafsch) bittet, das Recht der Frauen nicht zu vergessen, die ihr höchstes persönliches Glück im Zusammenstreben mit dem Manne sehen. Alle sollten mitsämpfen zur Beseitigung des Staatspölibats.

Die Schlussworte der beiden Referenten beschränken sich auf kurze Richtigstellungen. Hierauf trat die Mittagspause ein. Nachmittags erklärte nur noch Geheimrat Prof. Bierstorf, Jena im Anschluß an die heute vor Tagungsbeginn stattgefundenen Besichtigungen durch die Kongreßteilnehmer die Einrichtungen des Zeißwerkes und das Lebenswerk Ernst Abbes. Damit waren die Arbeiten des Kongresses erledigt. Die nächstjährige Tagung findet voraussichtlich in Straßburg statt.

Konferenz der Zentralkasse für Arbeiter-Wohlfahrts-einrichtungen.

Im großen Rathhause zu Nürnberg trat am 7. Juni die 15. Konferenz der Zentralkasse für Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen zusammen. Die Zusammensetzung der Gesellschaft, die sich zu dieser Tagung eingeladen hatte, war eine sehr gemischte; neben Gelehrten und bürgerlichen Philanthropen, die sich ernsthaft mit der sozialen Frage befassen und der ehelichen Meinung sind, daß es innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung möglich sei, die sozialen Gegensätze zu überbrücken und alles Glend aus der Welt zu schaffen, waren erschienen: Bürgermeister und sonstige Gemeindevorsteher aus einer Reihe von Städten Deutschlands, von

Das Wunder Berlins

sind die bekannten Konfektionshäuser

Blitz

3 Geschäfte

80 Chaussee-Straße 80
9 Rosenthaler Straße 9
Ecke August-Straße.
137 Große Frankfurterstr. 137
zwischen Koppen- u. Fruchtstr.
Chones Industrie-Palast

Herren-Anzüge, hochelegant. von 4⁹⁰ M. an
Herren-Paletots, das Neueste. von 5⁶⁰ M. an
Kinder-Anzüge in feinsten Ausführungen von 1⁸⁰ M. an
Hosen in allen erdenklichen Mustern von 57 Pf. an

Wir bitten genau auf die Firma

Blitz

zu achten

Doppel-Fernseher „Apollo!“



mit Taschentoilette. D. R. G. M. ist zu gebrauchen: als Oportglas, Theaterglas, Feldstecher, Fernseher, Doppel-Fernseher, Touristenglas, Lupe, Doppel-Lupe, Leseglas etc., ferner als Taschentoilette, da ein grosser Spiegel, Kamm, Zahntoilette und Ohrloftel mit ihm vereinigt ist. Apollo ist zusammengelegt 10 cm lang, 6 cm breit und 2 cm dick, mithin sehr handlich und kann bequem in der Tasche getragen werden. Apollo ist unentbehrlich für jeden Theaterbesucher, Spaziergänger, Touristen, auf Reisen, bei Festlichkeiten jeder Art, überhaupt ist Apollo unentbehrlich für jedermann.

ob reich, ob arm, ob jung, ob alt. No. 1140 Apollo aus imit. Leder-Etui, sonst alles fein vernickelt, per Stück Mk. 1,50. Bei 10 Stück auf einmal das 11te gratis. No. 1141 Apollo aus feinem Leder-Etui, sonst alles extra fein vernickelt, per Stück Mk. 3,—. Bei 10 Stück auf einmal das 11te gratis. Porto extra. Versand gegen Nachnahme. Umtausch gestattet, daher kein Risiko. Katalog mit ca. 4000 Gegenständen gratis und franko.

Gebr. Wolfertz, Wald bei Solingen 1180.
Stahlwarenfabrik und Versandhaus Rotkäppchen

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

Klein-Verlauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Halbstarke Gürtel-Taschen. Große Hüften umfassen. Die Hose

bei Annahme von 6 Stück 25 Pf. 4 Mk. 50

Rancher-Hose Marke Gambrinus, Joimette . . . 5 R. 50
Gefütter. Rancher-Jacke 14.50, 8.75
Schlauer-Monteur-Jacke 1 R. 90
Schlauer-Monteur-Hose . . . 1 R. 50
Schlauer-Monteur-Jacke, prima Köper-Gewebe . . . 2 R. 50
Schlauer-Monteur-Hose, prima Köper-Gewebe . . . 2 R. 10
Weiße Reiter-Jacke 3.50, 2 R. 75
Reiter-Jacke, Reihsig . . . 4 R. 50
Reiter-Rittel . . . 3,—, 2 R. 25
Reiter-Rittel (braun) 3,—, 2 R. 40
Weiße Leder-Jacke, Reihsig 7.50, 3 R. 75
Weiße Lederhose . . . 4.50, 2 R. 90
Kesselfreier-Anzüge, blau, nach Vorarbeit . . . 5 R. 50

Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En détail.
Chausseur 24a 25, Brudenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.

Das 29. Haupt-Preisbuch 1905 wird kostenlos und portofrei angeliefert.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacken und Ritteln die Brustweite anzugeben. 7782*
— Versand von 20 Rk. an franko. —

Raucht Kios-Zigaretten. Kleine Kios 2.

Spezialmarke: pro Stück 2 Pl. 1151L*

Hauptniederlage der Zigarettenfabrik „Kios“, Dresden.
Tabakgroßhandlung u. Tabakfabrik, Engel-Ufer No. 5.
H. & P. Uder, Amt 4. 3014.

W. Zapel, Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.

Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte.
Größte Auswahl in Strohhüten. Lager in Schirmen und Mützen. 1964*

Diese Woche billig

die feinsten Massstoffe gefertigt zu zurückgesetzten, nur hochveredelten Herren-

Anzüge Paletots

deren sonstiger Massepreis 40-70 M. ist, jetzt 15-20 M. Gebrochener Preis 21-35 M.
Herren-Hosen jetzt 7-12 M.
Deutsche Versandhaus Jägerstr. 63, 1. Treppe.

Greift zu!

dem Besten

Monats-Anzüge . . . 10,— an
Abonnements-Anzüge . . . 12,50
Monats-Paletots . . . 9,—
Partie-Anzüge, teils mit unumerbaren Reblern . . . 10,50
Anzüge, Gefäß für Maß . . . 20,—
Kamm- u. Loh-Jackets . . . 3,—

Wies auch für torpente Reizen! Geleg. Kleidungsstücke u. Accessoires. Reibend, aus den feinsten Beschaffen Berlins, teils von selbst, tollstoll billig. Straßenbahn-Vergütung!

Bitte Zentral-Keller, Berlin, 35 Neanderstr. 35, An der 3. Minut. v. Stadtbahn Zehnminutenbrücke.
Kassenbäder jeder Art „Augusta-Bad“, Köpenickerstr. 60.

Magendoctor

Wurm's Generaldepot
befindet sich jetzt
Berlin O. 27
an der Michael-Brücke 1.
Telephon Amt 7, Nr. 238. [12467.]

ist das Beste für den Magen!

Gesucht wird

per 1. Oktober event. auch später für eine eingetragene Genossenschaft mit bedingter Haftpflicht auf ein Grundstück mit über 400.000 Mark Feuerversicherung eine erste Hypothek

in Höhe von 205/16*

200 000 Mark.

Offertieren unter L. 4 am die Expedition des „Vorwärts“ erbeten.

Nachdruck verboten!

Dr. Simmel, Prinzess-Str. 41,

Spezialarzt für 110/9*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Gesellschaft Strzelewicz

Justi, August einige Sonnabende und Sonntage frei! 14782*
Pankow, Florastr. 51.

Zentrale für Herrenmoden, S. Littmann No. 2, Oranienstr. No. 2.

1 Minute von Station Hochbahn Oranienstr.

Hervorragende Auswahl zu enorm billigen Preisen:

Jackett-Anzüge, moderne Stoffe, gediegene Ausführung . . von 11⁵⁰ Mk. an
Jackett-Anzüge, schicke Ausführung, Stoffe in englischem von 13⁰⁰ Mk. an
Jackett-Anzüge, Geschmack in hochfeiner, modernster Ausführung, von 14⁵⁰ Mk. an
Rock-Anzüge, mit Kappläden . . . von 19⁵⁰ Mk. an

Sommer-Paletot aus modernen Stoffen und vorzüglicher Verarbeitung . . . von 10⁵⁰ Mk. an
Herren-Hosen aus soliden Stoffen . . . 2⁵⁰, 2,95, 3,50, 4,25 bis 12 Mk.
Knaben-Anzüge . . . von 2⁵⁰ Mk. an bis zu den feinsten Modellsachen
Große Auswahl in bunten Westen . . von 1⁵⁰ Mk. an

Elegante Maßanfertigung unter Garantie für tadellosen Sitz. Großes Geschäftsprinzip: Reelle Bedienung. Großer Umsatz. Kleiner Nutzen.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurter-Str. 9, parterre. 14
Fahrräder, Teilzahlungen. Bern-Str. 28, Stallstr. 40. 1509R*
Hochvernehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 28,00. Herrenhosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, 1. Treppe.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu 45,00. Holz, Blumen-Str. 36b. 1542R*

Leppiche! (Leblichste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leppichlager Bräun, Dadelstr. Markt 4, Bahnhofsstraße. 263/3
Strohbetten billig! Gebitt Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gedrehtanzüge von 12,00 an, Bunds von 2,50 an, sowie für torpente Reizen. Neue Garbwerke zu billigsten Preisen, aus Hand- und Maschinenarbeiten, verkauft man am besten bei Kauf, Ruhls-Str. 14. 2217b*

Kinderwagen, Bestelle, feinsten Gelegenheits, (vollständig) ausnehmend weite Teilzahlung. Dohn, Gleditsch-Str. 48, Winterfeldplatz. 130/14

Restaurations-Bücherei verkauft. Effekten Expedition Kaufstr. 14/15.

Fahrräder „National“, beste deutsche Marke, billigste Preise, leichte Zahlungsbedingungen. Fahrradlager von Pfeiler & Rohmann, Rosenthaler-Str. 19.

Großelegante Herrenanzüge und Paletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an. Restverkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, Reineckestraße. 1507R*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Automobilfahrer! Jedermann wird schnellstens zu erhaltigen Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne vollkommen. Glänzende Erfolge. Automobiltechnikum, Berlin, Spichern-Str. 11/12. 20719*

Schlossergesellen auf Fenster, Gitter und Türen verlangt H. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. *

Maurerpolier mit Küchling gesucht. Offerten P. H. 5 Postamt 1, Altdorf. 22805*

Maschinenbau-Schlosser sofort gesucht. Finkel, Schillingstraße 12. 22825

Wassermesser verlangt Loole, Altdorf, Steinmetzstraße 39. 4116*

Tüchtiger Gesangsdirigent wird gesucht. Gauss, Schönhauser Allee 57. Sonntag, 10. Juni, abends 6 Uhr; Vorbestellung. 751

Küchler, der auf Bierbrauerei von Leisten grübt ist, wird verlangt. Köpenickerstraße 109a. 22826

Malerlehrling verlangt Klauß u. Sohn, Köpenickerstraße 6. 22855*

Robler verlangt Wesse, Bäckerdorf, Prinzenregentenstraße 62.

Schneur-Schneiderei, auch zu lernen, Büchler, Ulrichstraße 17.

Botenfrauen finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Schöneberg, Feuerstraße 12. 131/10*

Rechtungsfrauen finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Tour Zimmerstraße. Meldungen Schützenstraße 22. 131/9*

Rechtungsfrauen finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Ull-Roadit 135. 131/7*

Deutsch. Buchhändlerverband (Zahlstelle Berlin).

Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Aussperrung nicht reuwillig und bedingungslos in die Betriebe zurückkehrte, weiter respektive erneut ausgesperrt:

G. Wübben & Co., Wilhelmstraße 9.
H. Sperling, Friedrichstraße 16.
D. Heistert, Friedrichstraße 16.
Lüderitz & Bauer, Bauerstraße 80.
Fritzsche-Baumbach, Schöneberg, Schönstraße.
H. Reiß, Büchelerstr. 107/8.
H. Schubert, Büchelerstr. 121.
C. Netschke & Co., Zimmerstraße 94.
A. Schoß, Bußamerstraße 12.
A. Schoß, Deffauerstraße.
Schneider & Ziegler, Blücherstr. 76.
Rickmann, Büchelerstr. 121.
Nauckische Buchdruckerei, Stall- und Schreibergasse 5.
Ad. Ludwig, Büchelerstr. 5/6.
Fleck Nachf., Büchelerstr. 87.
Kammerer, Köckerstr. 67.
Werner, Lindenstraße 3.
C. F. Walter, Wallstr. 15/17.
Rich. Gahl, Chausseestraße 20.
Agathe, Büchelerstr. 119/20.
Lotze & Stier, Köckerstr. 3.
Ad. Wittenberg, Büchelerstr. 16.
Xaver Külle, Reichenbergerstraße 30.
Schreiber & Co., Ludowikstr. 7.
Diese Betriebe sind gesperrt!
Vor Arbeitsaufnahme wird gewarnt!
Zugut ist streng heranzustellen!

Die Ortsverwaltung.

Partei-Angelegenheiten.

Wügg-Bücherhausen. Der Wahlverein hält seine Mitglieder- versammlung am Dienstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, bei Wed- horn.

Berliner Nachrichten.

Wenn man eine Beerdigung nicht bezahlen kann. Ein armer Mai ging hin und erhängte sich. Er lebte von einer Invaliden- unterstützung und der Portierstelle in einem Hause in der Vötter- straße.

Sonst sucht man ein derartiges Verfahren mit dem Vermerk- zueinander, die Angehörigen hätten sich um die Beerdigung nicht kümmert.

Die Stadtverordnetenversammlung wird sich in den nächsten- tagen mit der Frage der Uebertragung einzelner Zweige der- polizei auf die Stadtgemeinde Berlin beschäftigen.

Unter den Todesursachen hat in der letzten Waimoche wieder- ie Tuberkulose die Hauptrolle gespielt, offenbar infolge der un- günstigen Witterung. In Berlin starben daran von 288 Toten- klein 86.

Bei von Fahrkarten für die Ferien-Sonderzüge. Für den- Beginn n Fahrkarten für die Ferien-Sonderzüge von Berlin nach- der Ost sind in diesem Jahre besonders bequeme Bestimmungen- getroffen worden.

Zu indelstrickern bei dem neuen Landgericht III, Berlin, sind- ernannt worden: Die Kaufleute Adolf Heegewaldt und Gerfon- Simon der Rentier Albert Hoffstadt und der Bankier Worig- Potosch.

Für e Anlage der Heerstraße nach Döberitz, die vom Branden- burger Land durch Charlottenburg über Pichelswerder, Pichelsdorf- Spandau, nach Döberitz führen soll, ist bereits die Fluglinie- fertiggestellt.

was man schon daraus schließen kann, daß die auf dem Straßen- gelände gelegene Försterei Pichelsberge erst nach dieser Zeit ab- gegeben werden soll.

Gustav Neumann

ist ein vielseitiger Mann, das heißt, der Gustav Neumann, den wir- meinen; denn es gibt mehrere Gustav Neumanns. Wir meinen den- Kriminalbeamten Gustav Neumann, Oldenburgerstr. 11a IV, der am- 24. Februar bezw. 3. März einen Parteigenossen zwecks Verrats- von Parteigenossen und Parteibeschlüssen 200 M. zahlte.

Durch Zufall Bekomme heut Ihr geschätztes Blatt zur- Hand, worin nochmals die 200 M. erwähnt werden.

Glauben Sie denn, unsere Behörde wird sich so kleinlich- zeigen und obigen Betrag zurückverlangen?

Ihre Parteikasse (wenn es überhaupt der Fall sein wird)- kann wohl auch so einen, in Ihren Augen, großen Betrag- gebrauchen.

Wir tun Herrn Gustav Neumann den Gefallen, den Brief zu- veröffentlichen, denn das ist sicher sein Wunsch. Dieser Herr Gustav- Neumann ist ein guter Mensch. Er hat, wie aus dem Briefe hervor- geht, die löbliche Absicht, den Kriminalbeamten Gustav Neumann, wohnhaft Oldenburgerstraße 11 a, in den Augen seiner Vorgesetzten- für seine Tölperei zu rechtfertigen, und da dies auf einem anderen- Wege nicht gut geht, so schreibt der Mann an den „Vorwärts“.

Die Große Berliner Straßenbahn im Wettbewerb mit der Stadt- Berlin. Die Gemeindevertretung von Nieder-Schönhausen hat sich- in ihrer letzten Sitzung mit den Verkehrsverhältnissen in Pankow- und Nieder-Schönhausen befaßt.

Die Pädlervorstellungen gehen weiter. Am Donnerstagabend- kam es im Roabier Gesellschaftshaus zu tumultuarischen Ausritten.

Wieder ein Part weniger. Der Löwenpark im östlichen- Teile von Wannsee, samt dem Hensburger Löwen, von dem er- den Namen hat, dem Aussichtsturm und allen Anlagen ist in den- Besitz der Landgesellschaft „Wannsee“ übergegangen.

Die Erstattungen von Versicherungsbeiträgen bei der Ehe- schließung, die von den Versicherungsanstalten den weiblichen- Versicherter auf Antrag gewährt werden können, halten sich jetzt in- Berlin seit einigen Jahren auf ziemlich gleicher Höhe.

Löblicher Abschied. Gestern früh in der neunten Stunde starb- des Paares Gustav Kempfer, 65 Jahre alt, wohnhaft zu Pankow,

Prekmestr. 19, vom dritten Stock des Neubaus Schinkelmeisterstr. 12- (Ede Schönflieherstraße) vom Gerüst nach unten auf einen eisernen- Träger. Der Unglückliche erlitt einen schweren Schädelbruch und- starb nach zirka 10 Minuten.

Ueberfallen und beraubt wurde in der gestrigen Nacht der- Privatbeamte B. Neue Königsstr. 79 wohnhaft. Als er gegen 8 Uhr- morgens nach Hause kam und im Begriff war, die Haustür zu- öffnen, erhielt er plötzlich, anscheinend mit einem stumpfen- Instrument, hinterhinein einen Schlag gegen die Schläfe.

Vier Stock hoch aus dem Fenster gesprungen ist am Freitag- mittag eine Frau in der Schönbergerstr. 16. Sie erschien dort um- 12 Uhr und begab sich nach dem Hofe.

Eine Eifersuchtstragödie aus dem Dürerentum rief in der ver- gangenen Nacht in der Eisasslerstraße Kuffehen hervor. Die 23jährige- Prostituierte Elise Peters war mit ihrem „Kavalier“ in einem Nach- cafe in der Eisasslerstraße gewesen.

Ueberfahren.

Vor den Augen der Mutter überfahren wurde gestern nachmittag- gegen 6 Uhr die vierjährige Martha Magenfurth. Die Kleine be- fand sich mit ihrer Mutter in der Wienerstraße, wo das Kind auf- dem Bürgersteige herumspielte.

Blumenräuber im Tiergarten. Auf die ausgedehnte Blumen- pracht, welche im Tiergarten entfaltete wird, haben es in letzter Zeit- die böswilligen Gesellen abgesehen.

Ein Sad mit schmutziger Wäsche, bestehend aus Bettlaken, Bett- bezügen, Handtüchern, Damenwäsche, Schürzen, einer weißen Decke- zirka 1,50 Meter lang und 0,40 Meter breit, Gardinen u. a. m., wovon ein großer Teil „H.K.“ gezeichnet ist, da unter verdächtigen- Umständen zum Kauf angeboten, von der Kriminalpolizei als ver- muthlich aus einem Diebstahl herflammend, beschlagnahmt worden.

Einem gewerbmäßigen Hehler sind eine größere Menge Damen- kleiderstoffe abgenommen worden, deren rechtmäßige Eigentümer bis- her nicht ermittelt worden sind.

Einen Einspruch gegen die Gültigkeit der letzten Lotterieziehung- (V. Klasse der preussischen Lotterie) hat ein bisheriger königlicher- Beamter bei der Lotteriedirektion erhoben.

Wieder ein Part weniger. Der Löwenpark im östlichen- Teile von Wannsee, samt dem Hensburger Löwen, von dem er- den Namen hat, dem Aussichtsturm und allen Anlagen ist in den- Besitz der Landgesellschaft „Wannsee“ übergegangen.

Ein Opfer seines hohen Alters wurde gestern Abend der- 81jährige Witwer Gottlieb Lancker aus der Grünthalstr. 65. Der- Greis war im Begriff gewesen, einen Erholungsplatzgang nach- dem Hundsbühl zu machen und als er die Waldstraße überschritt,

Eine unbekannte Selbstmörderin ist gestern Abend am Gartenufer- aus dem Schiffahrtskanal gelandet worden. Die Leiche, welche un- gefähr 25 Jahre alt gewesen sein mochte, war einfach gekleidet und- hat anscheinend schon längere Zeit im Wasser gelegen.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehr- um 2 Uhr wegen eines größeren Brandes nach der Reichsberger-

straße 55 gerufen, wo aus unbekannter Ursache die Dachkonstruktion in Brand geraten war. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, die Flammen auf den Dachstuhl zu beschränken. Gleich darauf mußte in der Grenadierstr. 14 ein Pfeifenbrand, der durch Selbstentzündung entstanden war, gelöscht werden. Am Mittwoch mußte ein Brand in der Waldemarstr. 12a gelöscht werden, der in einer Wohnung ausgebrochen war. Durch eine Gasexplosion kam nachts in einem Kontor in der Zimmerstr. 100 Feuer aus, das Garbinnen, Tapeten usw. ergriff. Der Feuerwehrgang gelang es, die Gefahr bald zu beseitigen. Ferner wurde die Feuerwehrröhre nach der Chorinerstr. 55, wo Fleisch brannte, und nach der Köhlerstr. 26 gerufen, wo ein Pferd gestürzt war, dessen Wiederaufrichtung aber nicht gelang.

Vorort-Nachrichten.

Pankow.

Der Wahl unserer Parteigenossen Freilwaldt in Pankow zum unbedenkten Schöffen ist die Bestätigung versagt worden. Das vom 25. Mai d. J. datierte und merkwürdigerweise erst am 7. Juni abgegangene Schreiben lautet in lakonischer Kürze:

Königlicher Landrat
des Kreises Nieder-Barnim.

Ihrer von der dortigen Gemeindevertretung am 8. Mai d. J. erfolgten Wahl zum unbedenkten Gemeindefürsorge habe ich unter Zustimmung des Kreisaußschusses die nach § 84 Absatz 1 der Landgemeinde-Ordnung vom 8. Juli 1891 erforderliche Bestätigung versagt.

Graf Rüdern.

Dieser Fall von Nichtbestätigung kennzeichnet aufs neue die Haltung der Regierung vor der Selbstverwaltung der Gemeinden und beweist, daß es lediglich politische Gründe sind, die beim Bestätigungsrecht maßgebend sind. Uebrigens ist es nicht das erste Mal, daß einer Wahl des Genossen Freilwaldt die Bestätigung versagt wird. Schon vor vier Jahren wurde Freilwaldt von der Pankower Gemeindevertretung einstimmig in die Schulkommission gewählt, seine Bestätigung aber versagt.

Genosse Freilwaldt beabsichtigt, auf Grund des § 122 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 gegen den Beschluß des Kreisaußschusses bei dem Bezirksauschuss zu Potsdam Beschwerde einzulegen. Dessen wird es zwar auch nicht. Sozialdemokraten in der Schuldeputation oder als Gemeindefürsorge, das wäre ja nicht zu ertragen.

Steglitz.

Die Delegiertenwahlen zur allgemeinen Ortskrankenkasse für Steglitz fanden gestern bei sehr schwacher Beteiligung statt. Zu wählen waren 67 Delegierte. Die von der hiesigen Gewerkschaftskommission aufgestellte Kandidatenliste ging glatt durch, indem sämtliche erschienenen Wähler (nur 51 Mitglieder!) für dieselbe stimmten. Dieser Mangel an Interesse, der sich auch bei der am Mittwochabend stattgefundenen öffentlichen Versammlung zeigte, ist um so bedauerlicher, als die Klagen über die Kassenverwaltung durchaus nicht selten sind.

Schöneberg.

Der frühere sozialdemokratische Stadtverordnete Masch hat endlich das Ziel seiner Wünsche erreicht: seit acht Tagen ist er Mitglied eines freisinnigen Bezirksvereins. Wir glauben unseren Lesern diese Nachricht nicht vorenthalten zu dürfen, zumal M. eine Reihe von Jahren mehrere Ehrenämter, zuletzt das Stadtverordnetenmandat des dritten Bezirks inne hatte, nach dessen Ablauf mit dem Ende des vorigen Jahres eine Wiederaufstellung nicht mehr erfolgt ist. Die Schöneberger Parteigenossen werden diesen „Verlust“ mit Würde zu tragen wissen.

Den Anwohnern der Sedanstraße dürfte endlich nach jahrelangem Warten die Erfüllung einer dringenden Forderung in nächster Aussicht stehen. Die Regulierung und Umplanierung dieser in einem jämmerlichen Zustande befindlichen Straße ist schon ziemlich seit Beginn der Stadtverordneten-Schmerzensklammer der Verwaltung gewesen, wozu freilich die anliegenden Grundeigentümer ein großes Teil beigetragen haben. In unglücklichen Sitzungen der Stadtverordneten und der eigens zu diesem Zwecke eingesetzten gemischten Deputation, trotz schriftlicher und mündlicher Verhandlungen mit den Abzweigen, welche sich weigerten das Vorgartenland abzutreten, mußte immer wieder die Unmöglichkeit eines Verständigungsversuches festgestellt werden. Nachdem vor zwei Jahren noch die Regulierung an der Haltestelle vor bis fünf Eigentümern scheiterte, ist es jetzt endlich bis auf einen gelungen, mit diesen eine Einigung herbeizuführen. Mit der Inauguration der Asphaltierung kann nunmehr noch in diesem Sommer begonnen werden.

Ohne ein Äquivalent an die Anlieger und ohne Bedingungen der letzteren ist es dabei trotzdem nicht abgegangen. Man scheint in gewissen Kreisen sich vorher darüber verständigt zu haben. Es soll nämlich die geplante Straßenbahnverbindung von der Kolonnen- nach der Lorgauerstraße, die jenen Stadtteil mit dem zu erschließenden Südgelände verbindet, zum Dank für das „Entgegenkommen“ durch die Sedan- u. Leuten- und Götterstraße geführt werden. Magistrat und Verkehrsdeputation haben sich mit diesem Projekt einverstanden erklärt. Nach der den Stadtverordneten zugegangenen diesbezüglichen Vorlage übernimmt die Stadtgemeinde die Kosten der Auflösung des Straßen- und Vorgartenlandes sowie der Zurückführung der Vorgarteneinfriedigungen in die Banflucht, außerdem drei Fünftel der Kosten der Bürgersteigregulierung, falls die übrigen zwei Fünftel von den Anliegern getragen werden. Damit bei der Sache auch der Humor nicht fehle, wird der Bahndamm und der Bürgersteig vor dem Grundstück des einzigen widerhaarigen Eigentümers, Sedanstraße 79, in seinem gegenwärtigen Zustand belassen werden, wenn sich Herr Vogel in zwischen nicht eines anderen bestimmt. Für die Asphaltierung sind im diesjährigen Etat wiederum 141 000 M. bereitgestellt worden.

Gerichts-Zeitung.

Schumanns-Säbelstich vor Gericht.

Ein schwerer Erziehungsdelikt des Schumanns beschäftigte gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts I. Aus dem Gefängnis von Spandau wurde der Unteroffizier im 1. Garde-Regiment Hermann Schwirz vorgeführt. Der Angeklagte, welcher sich in der Uniform dieses Regiments befand, hatte zwei Jahre als Rekrut gedient und sich dann als Freiwilliger für den Chinafeldzug gemeldet. Hier zeichnete er sich bei der Erstürmung des Latuforts aus und wurde mit der Dienstauszeichnung zweiter Klasse dekoriert. Er lebte sodann zu seinem Regiment zurück und wurde bald zum Unteroffizier befördert. Am 16. Dezember 1903 trat der Angeklagte als „Probiert“ bei der Schumanns-Säbelstich ein und wurde dem letzten Polizeirevier in Niddorf zugeteilt. Hier führte er sich zur höchsten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten, bis ihn am 26. Februar d. J. der Alkohol zu einer schweren Ausschweifung verleitete. An dem genannten Tage, einem Sonntag, hatte der Angeklagte bis um zehn Uhr abends Dienst. Um sich noch etwas zu erholen, begab sich Schwirz mit zwei ebenfalls dienstfreien Kollegen in eine nahegelegene Schankwirtschaft. Hier wurde eine erhebliche Menge von Bier und Schnaps konsumiert. Da seine Begleiter den Heimweg antraten, setzte der Angeklagte allein die Bierreise fort. Zuletzt besuchte er ein Lokal in der Halenseide, welches er gegen zwölf Uhr nachts in ziemlich angetrunkenem Zustande verließ. Infolge des reichlich genossenen Alkohols war S. etwas unsicher auf den Beinen, er pendelte hin und her, rumpelte Passanten an und sang dabei irgendein Soldatenlied. Der Anblick des ihn umherwandlenden und ständelnden Schumanns mußte wohl doch für das Publikum ein etwas

ungewöhnliches Anblick sein, denn bald folgte ein großer Schwarm Menschen dem in Schlangenlinien vorwärtsstrebenden „Blauen“. Da es gerade die Zeit der Hennig-Suche war, so begannen bald mehrere Biggame dem Angestrichelten zuzurufen: „Sie wollen wohl heute noch Hennig's fangen?“ — Sie, Hennig hat wohl was zum besten gegeben? usw. — Die Uzerle erregte den Angeklagten derartig, daß er den Säbel zog und sich auf die ihm folgenden Menschen stürzte. Diese stürzten in wilder Flucht auseinander. Schwirz lief hinter einem Manne her, bis er diesen aus den Augen verlor. Dieser eigenartigen Jagd, die durch die Wefersstraße in Niddorf ging, sah der Schachtmeister Böhm zu. Als er gerade seinen Handschloß herbeizog, um die Haustür aufzuschließen, kam der Angeklagte auf ihn zu und versetzte ihm ohne jede Veranlassung einen Schlag in das Gesicht, wobei er dem ebenso Erschrockenen wie Empörten zurief: „Du bist auch so ein Lump!“ — Böhm verlangte die Dienstnummer des Angeklagten zu sehen, was diesen noch wütender machte. Mit den Worten: „Ich werde Dir gleich meine Nummer zeigen“, versetzte er dem A. einen mit großer Wucht geführten Säbelhieb gegen die rechte Kopfseite, so daß A. Blutüberströmte und bewusstlos zusammenbrach. Dieser Vorgang erregte unter dem sich wieder ansammelnden Publikum große Entrüstung. Als sich der Monteur Rößfeld um den am Boden liegenden Böhm bemühte, drang der Angeklagte auf ihn ein und versetzte auch diesem einen Säbelhieb. Nunmehr wurde dem wie wild um sich schlagenden Beamten der Säbel entzogen und ihm selbst mit diesem eine kleine ernüchternde Plückerung zugefügt. Mittlerweile waren zwei Schutzleute herbeigerufen worden, die den Kollegen in ihre Räte nahmen und unter dem Hallo der Menge zur Wache führten. — Infolge dieses Vorfalls wurde Schwirz vom Amte suspendiert und mußte zu seinem Regiment zurückkehren, da er nur probeweise bei der Schumanns-Säbelstich angestellt gewesen war. Hier stellte sich heraus, daß S. noch etwas anderes auf dem Kerbholz hatte. Er wurde bald darauf wegen Mißhandlung Untergebener zu acht Tagen Gefängnis verurteilt. Bald darauf mußte sich S. wegen Gehorsamsverweigerung vor dem Kriegsgericht verantworten und wurde zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt, die er zurzeit im Fort Hahneberg verbüßt. — Vor Gericht einschuldigste der Angeklagte sein Tun mit völliger Trunkenheit. Die Beweisführung ergab, daß S. wohl angetrunken, nicht aber derartig betrunken war, daß ein Ausschluss der freien Willensbestimmung angenommen werden müsse. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf den überaus schweren Erziehungsdelikt eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Das Gericht erkannte unter Jubilation mildernder Umstände auf die milde Strafe von drei Monaten Gefängnis.

Verbreitung von Kalendern an Sonntagen und Versommungs-Verordnungen.

In der Nummer vom 15. März (2. Beilage) haben wir ausführlich dargelegt, wie Flugblätter, Kalender usw. straflos zu verbreiten sind. Nachstehend geben wir den Bericht über einen gestern vor dem Kammergericht verhandelten Fall wieder. In diesem ist zwar die Freisprechung eines Genossen, der wie Hunderte zu Unrecht angeklagt war, bestätigt, aber dabei ist nebenbei von dem Kammergericht ein Grundlag aufgestellt, der die Bahn zur Verurteilung Unschuldiger zu ebener geeignet wäre, wenn er nicht durchaus falsch wäre.

Die Genossen Jirs und Woller hatten in verschiedenen Dörfern des Regierungsbezirks Lüneburg an einem Sonntage sozialdemokratische Kalender verteilt, indem sie von Haus zu Haus gingen und in den Häusern an diejenigen abgaben, die „etwas zu lesen“ haben wollten. Jeder trug ungefähr 50 Kalender in Papier gehüllt bei sich. J. und W. wurden angeklagt, weil sie sich gegen die Verordnung des hannoverschen Oberpräsidenten vergangen hätten, welche am 22. August 1900 „zum Schutze der äußeren Heiligkeit“ der Sonn- und Feiertage ergangen ist und gleich dem entsprechenden Oberpräsidenten der anderen preussischen Provinzen an Sonn- und Feiertagen alle „öffentlich bemerkbaren Arbeiten“ verbietet. — Die Angeklagten bestritten, daß jene Erfüllung ihrer Parteipflicht eine Arbeit sei. — Das Landgericht Lüneburg als Verurteilungsinstanz sprach auch die Angeklagten frei, indem es zutreffend ausführte: Das Verteilen selbst sei nur in den Häusern erfolgt, also nicht öffentlich bemerkbar gewesen. Bleibe nur das Gehen von Haus zu Haus mit den etwa 50, in Papier gewickelten Kalendern. Das sei überhaupt keine „Arbeit“ gewesen. Unter einer „Arbeit“ verstehe man eine Beschäftigung, die mit einer gewissen Anstrengung verbunden sei, und unter einer öffentlich bemerkbaren Arbeit eine solche, wo eine gewisse Anstrengung äußerlich in die Erscheinung trete. Es sei aber nicht anzunehmen, daß diese Voraussetzungen hier zuträfen. Das Verhalten der Angeklagten, als sie von Haus zu Haus gingen, habe sich von dem der Sonntagsausflügler in nichts unterschieden. Die Frage, ob die Angeklagten eine öffentlich bemerkbare Arbeit verrichtet hätten, müsse deshalb verneint werden, woraus die Freisprechung folge.

Trotz der Selbstverständlichkeit und offensibaren Wichtigkeit dieses Urteils legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Diese Aufhebung gegen die Autorität des durch das Gericht verkörperten Staats hat die Staatsanwaltschaft bekanntlich umsonst. Die Kosten trägt der Steuerzahler selbst in den Fällen, wo offenbar völlig unbillbare Rechtsmittel seitens der Staatsanwaltschaft eingelegt werden. Dies „Untergraben der Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsordnung“, um im Sinne der bürgerlichen Heißsporne zu reden, ist das Vorrecht der Staatsanwaltschaft. Seine Ausübung macht es sonnenklar, daß wir nicht einmal in einem Rechtsstaate im bürgerlichen Sinne leben, sondern daß das Gericht untertan ist den Angriffen einer Verwaltungsbehörde. Und wenn auch in letzter Instanz abermals ein Gericht entscheidet, so ist für die Zusammenlegung des Kammergerichts dahin gefordert, daß es zum großen Teil aus Richtern besteht, die viele Jahre hindurch als Staatsanwälte fungierten und als solche nach dem Befehl gestungen sind, den Befehl ihrer vorgelegten Verwaltungsbehörde auch dann zu befolgen, wenn ihre eigene Ueberzeugung ihnen sagt, daß die Behörde Verfolgung ihrer Ansicht nach Unschuldiger von ihnen verlangt.

Der erste Straffenat des Kammergerichts verwarf gestern die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Die Revision der Staatsanwaltschaft sei gegenüber den tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts maßlos. Wenn das Landgericht tatsächlich feststelle, daß die Angeklagten circa 50 Kalender in den Straßen herumgetragen hätten, und daß darin keine Kraftanstrengung läge, es sich somit also um keine Arbeit handele, dann sei das unanfechtbar. Das Revisionsgericht könne daran nichts ändern. Ebenso unanfechtbar würde es sein, wenn das Landgericht festgestellt hätte, daß in dem Herumtragen von fünfzig Kalendern eine Anstrengung läge und eine Arbeit zu sehen wäre.

Der durch Sperrdruck hervorgerufene Schlussatz gehört offensichtlich nicht zur Begründung des freisprechenden Urteils. Er kann nur den Zweck haben, darauf vorzubereiten, daß das Kammergericht geneigt sein würde, eine Verurteilung zuzugestehen, die auf der unsinnigen tatsächlichen Feststellung beruht, daß das Tragen von 50 Kalendern eine „Arbeit“ sei. Eine solche Feststellung glähe der Behauptung, das Tragen eines Gesangbuches oder der Bibel oder einzelner Sachen — die sämtlich schwerer sind als 50 Kalender — sei eine Arbeit. Nimmt das Kammergericht an, eine solche geradezu unsinnige „Feststellung“ sei kein Rechtsirrhum, so behauptet es damit: wenn ein Gericht offensichtlichen Blödsinn feststellt, so verstößt diese Feststellung nicht gegen eine Rechtsnorm. Das Kammergericht würde also damit zugeden: nach Lage der Gesetzgebung ist das Kammergericht, das zu prüfen hat, ob eine Rechtsnorm verletzt ist, nicht befugt, eine offensichtlich unsinnige, zugunsten der Angeklagten getroffene „tatsächliche Feststellung“ als Verletzung einer Rechtsnorm anzuspüren. Damit gibt das Kammergericht zu, daß das Kammergericht zum mindesten überflüssig ist. Hoffentlich wird

nunmehr der entlagerte Bekämpfer der Schürergerichte, Seilspräsident Lindenberg, in der „Deutschen Juristenzeitung“, zu den fleißigen Mitarbeitern er zählt, bald darlegen, wie notwendige Erfüllung der Forderung ist:

Hort mit den „gelehrten“ Richtern mißamt der Staatsanwaltschaft!

Vermischtes.

Die Herkomerfahrten

auf Frankfurt a. M. sind bereits in Wien eingetroffen. Mit uninteressant ist die Meldung, daß der Prinz Heinrich, der sich dieser Autoraserei beteiligt, nicht buldet, daß andere an ihm vorüberfahren. Die Rennleitung gab ihm recht, weil die Wagen kein Österreich zulässige Geschwindigkeit von 45 Kilometer überschritten. Die Leitung macht bekannt, daß derjenige disqualifiziert wird, der diese Geschwindigkeit überschreitet.

Uebrigens sind neue Unfälle zu melden. Einer ereignete sich bei Rast. Der Wagen Nr. 148, gesteuert von Direktor Max Kraus, Berlin-Grüneburg, hat einen schwerhörigen Bauer überfahren, er bald darauf den ersten Verletzungen erlag.

Der Wagen Nr. 40 des Herrn Kroell (Eitwille), der am Roon disqualifiziert worden war, da bekannt wurde, daß sein Weierwegen Toisaufens eines Kindes mit fünf Monaten Gefängnisstrafe wurde, fuhr trotzdem außer Konkurrenz mit und wurde in einer scharfen Kurve bei Freilassung umgeworfen, er Chauffeur wurde mit 10 Wunden ins Hospital gebracht.

Bausfall. Dortmund, 8. Juni. Auf einem Neubau über Reingstraße wurden mehrere Arbeiter durch herabfallende Massen verunglückt. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt herausgezogen, ein anderer nach einstündiger Arbeit als Leiche. Die Staatsanwaltschaft hat den Bau gesperrt.

Anonyme Briefschreiber in einer kleinen sächsischen Provinzstadt.

Das Städtchen Limbach, unweit der Großstadt Chemnitz gelegen, das durch seine Handschuhindustrie schon längst einen Ruf genießt, wurde seit Jahren durch anonyme Briefschreiber sehr beunruhigt. Besonders waren es angegebene Leute, die gegen den Kreis des Städtchens, die darunter zu leiden hatten. Es ist ihr begreiflich, daß die weitesten Kreise dieser Angelegenheit das große Interesse entgegenbringen, zumal die Familie des Bürgermeisters in der Affäre eine nicht beneidenswerte Rolle dabei spielt. So hat bereits die Frau Bürgermeister Dr. Goldenberg am 25. Mai vor dem Limbacher Schöffengericht als Beklagte zu erscheinen, in diesem Prozeß, der dem Schuldirektor Vensch in Limbach angehängt worden war, handelte es sich um Klatschereien. Ein vorher hatte ein Beleidigungsprozeß gespielt, in dem aber die Frau Venschin, die Frau Bürgermeister Dr. Goldenberg, ausgeblieben war. Darauf wurde die Sache durch Nichtnahme der Klage erlosch. Herr Vensch, der mit den anonymen Briefen in Verbindung gebracht worden war, mußte nun, um sich von dem Verdict zu reinigen, eine Beleidigungsklage gegen die Frau Bürgermeister Dr. Goldenberg einreichen. Diese wurde denn auch der Beleidigung nach § 5 N. St. G. B. schuldig befunden und mit 100 Mark Geldstrafe belegt.

Vor dem Chemnitzer Landgericht hat sich nun am 8. Juni Frau Ulfa Goldenberg, die Tochter des Limbacher Bürgermeisters, zu verantworten. Die Anklage lautet auf Beleidigung; § 185 des N. St. G. B. Das Material gegen die Frau Goldenberg hat sich zur Anklage verdichtet. In der Bürgermeisterin glaubt man die anonyme Briefschreiberin gefunden zu haben. Mit gespanntem Interesse sieht man in weiten Kreisen dem Ausgang dieses kauschen erregenden Prozesses entgegen. Wir werden darüber morgen berichten.

Eisenbahnkatastrophe in Amerika. New York, 8. Juni. Ein schwerer Eisenbahnunfall hat sich in der Nähe der Stadt Lancaster im Staate Pennsylvania ereignet. Ein Schnellzug stieß mit einem Güterzuge zusammen und beide stiegen in Trümmer. 2 Trümmerräucher fingen an zu brennen. Fünfzehn Personen kamen zu Tode und mehr als fünfzig erlitten gefährliche Verletzungen.

Erdbeben in Lyon. In der Gegend von Lyon wurden gestern mehrere leichte Erdstöße verspürt. Das Erdbeben erstreckte sich über 80 Kilometer und dauerte drei Sekunden. Die Fenster mehrerer Bauernhäuser wurden zerstört. In Lyon selbst verspürte man nicht von dem Erdbeben.

Hochwasser. Wien, 8. Juni. Aus Mähren, Galizien in Steiermark wird infolge des fortwährenden Regens Hochwasser gemeldet. Zahlreiche Flüsse sind aus den Ufern getreten. Der gerichtete Schaden ist sehr groß, viele Orte sind überschwemmt.

Ein Riesen-Tornado. Pittsburg, 7. Juni. Infolge der andauernden Regengüsse sind in dem nördlichen Teile Pennsylvaniens bedeutende Ueberflutungen eingetreten, durch die beträchtlicher Schaden an Eigentum angerichtet worden ist. Wänschen sind nicht dabei und Leben gekommen, obgleich in vielen Städten Leute sich auf Höhen und in Baten retten mußten.

Ein gewaltiger Tornado richtete in zahlreichen Städten des Staates Minnesota schwere Verwüstungen an. Der Sturm streifte eine gegen 500 Meter breite und 16 englische Meilen lang Bahn, auf der er alles vor sich her wirbelte. Viele Personen erlitten Verletzungen, doch sind bisher nur zwei Todesfälle gemeldet. Die Gewalt des Sturms riß eine Eisenbahnbrücke der Chicago-Dunston-Linien-Bahn von ihren Pfeilern, wodurch beinahe ein unaltes Unglück entstanden wäre, da ein gerade herannahender mit 10 Personen besetzter Zug erst im letzten Augenblick am Rande des Abgrundes zum Stehen gebracht werden konnte.

Essentielle Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW. Alexanderstr. 29. Öffnet sich von 5^{1/2}—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—11 und 6—8 Uhr. In den Lesehallen liegen zurzeit bis Juli und August die Zeit und Richtung aus.

Protestantische Gemeinde. Sonntag, den 10. Juni, mittags 8^{1/2} Uhr im Rathhaus (Eingang Adelsstraße). Soal 109: Besprechung. Protestantische Vorlesung. — Sonntags 10^{1/2} Uhr in der Schule. Kleine Konfirmanden. 6: Vortrag des Herrn Professor Dr. K. Gehrke: Der Mensch und seine Güter. — Herren und Damen als Gäste willkommen. — Bericht über den 25. Juni ist die beschlossene Versammlung.

Sozialdemokratischer Diskussionsklub „Freie Zusammenkunft“. Heute Sitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 16. Tagesordnung 1. Vorlesen und Besprechen eines Artikels aus der „Neuen Zeit“ über Arbeiterbildungsfragen. 2. Finanzangelegenheiten und Beschlüsse.

Sozialdemokratischer Leseklub und Diskussionsklub „Sa-Mary“. Heute Sitzung bei Glogig, Kolonnenstr. 15. Gäste willkommen.

Berein ehemaliger Arbeiter zur Befähigung der Bediensteten. Heute abend 9 Uhr im Rathhaus, Koller Wilhelmstr. 18 m.

Berein der Lehrkräfte und jugendlichen Arbeiter. Heute abend 8 Uhr im Rathhaus, Koller Wilhelmstr. 18 m.

Allgemeine Kranken- und Sterbestiftung der Arbeiter. (Z. S. 24.) Illale Baumgartenweg. Sonnabend, den 9. Juni, abends 9^{1/2} Uhr, bei H. Kleinmager, Baumgartenstr. 67: Generalversammlung.

Christverein Charlottenburger Buchdruckerei. Sonntag, den 10. Juni, vormittags 10^{1/2} Uhr, im Volkshaus, Kolonnenstr. 3: Sammlung.

Bortrag des Herrn Dr. Nordart über: „Wahl und Beleuchtung. Um recht pünktlichen und zahlreichen Besuch wird gebeten.“

Eingegangene Druckschriften.

Wintab. Rillische Bodenschicht für Volkswirtschaft und janzweilen (Herausgeber: Georg Bernhardt). 23. Heft. (Abonnement jährlich bei der Wintab-Verlagsgesellschaft per Post und Buchhandlung 3 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag Berlin-Charlottenburg, Gortelstr. 6.

Der Tropenpflanzer. Nr. 6. Jahrgang für tropische Landwirtschaft. Herausg. D. Harburg und F. Wollmann. Erscheint monatlich. Bezugspreis jährlich 10 M. Verlagsstelle Berlin, Unter den Linden 4. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.